



**Entwicklungspartnerschaften
 „Arbeitsplätze für junge Menschen
 in der Sozialwirtschaft“ – Sachsen
 und „Emporio Lavoro“ – Umbrien**



Arbeitsplätze zwischen Markt und Staat

„Dritter Sektor“ und „Sozialwirtschaft“ – In Deutschland und im europäischen Vergleich

Bernhard Wagner



INSTITUT FÜR REGIONALE INNOVATION
 UND SOZIALFORSCHUNG e. V.

Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds



**Bundesministerium
 für Wirtschaft
 und Arbeit**



**EUROPÄISCHE UNION
 Europäischer Sozialfonds**

Arbeitsplätze zwischen Markt und Staat

„Dritter Sektor“ und „Sozialwirtschaft“ – In Deutschland und im europäischen Vergleich¹

Inhalt

Inhalt	2
Die Entdeckung der „Jobmaschine“	3
I. „Dritter Sektor“, „drittes System“, „Sozialwirtschaft“ oder was? – Versuch der Abgrenzung und Einordnung.....	6
Wer gehört dazu?	6
Der Begriff des „Dritten Sektors“	11
Abgrenzung des dritten Sektors	12
Die zivilgesellschaftliche Relevanz des „dritten Sektors“	15
Eine andere Form des Wirtschaftens – „Drittes System“ und „Sozialwirtschaft“	20
II. Beschäftigungspotentiale „zwischen Markt und Staat“	26
Immer noch „Terra incognita“	27
Der deutsche dritte Sektor in der Totale –	
Ökonomische Bedeutung und Arbeitsmarktpotential im Überblick.....	29
Zur Binnendifferenzierung des dritten Sektors	34
Die Art der Beschäftigungsverhältnisse.....	38
Jobmaschine oder Strohfeuer?	42
Potentiale im Bereich „lokaler Ökonomie“?.....	49
Literatur.....	53

¹ Eine gekürzte Version dieses Textes erscheint mit dem Titel „Arbeitsplätze zwischen Markt und Staat ‚Dritter Sektor‘ und ‚Sozialwirtschaft‘ – Zur definitorischen Abgrenzung und zum Beschäftigungspotential einer ‚Terra incognita‘“ in: Helmut Arnold, Lothar Böhnisch & Wolfgang Schröer: Sozialpädagogische Beschäftigungsförderung – Lebensbewältigung und Kompetenzentwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter, voraussichtlich April 2005, Juventa

Die Entdeckung der „Jobmaschine“

Als „Zukunftsmarkt der Beschäftigung“ oder „heimliche Jobmaschine“² schaffte es der „Dritte Sektor“ gegen Ende der 90er Jahre bis in die Wirtschaftsseiten der überregionalen Presse. Vor dem Hintergrund der langanhaltenden Dauerkrise auf dem Arbeitsmarkt avancierte der ziemlich diffus umgrenzte Bereich „zwischen Markt und Staat“ zwischenzeitlich zum Hoffnungsträger, der mit seinen unerschlossenen Beschäftigungspotentialen nun plötzlich leisten sollte, woran private Investitionen und staatliche Maßnahmen seit den 80er Jahren mehr und mehr scheitern.

Der Begriff des „Dritten Sektors“ wird dem US-Soziologen Amitai Etzioni (1973) zugeschrieben, der in den frühen 70er Jahren erstmals auf dessen Reform- und Innovationspotential zur Lösung gesellschaftlicher Probleme aufmerksam machte. Der erste großangelegte Zugriff der Wissenschaften auf diesen Sektor erfolgte im Rahmen des „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ (Salamon/Anheier 1994, 1999, 2001, Salamon u.a. 2003), dem das Verdienst gebührt, den „Dritten“ oder „Nonprofit“-Sektor³ erstmals in einer groß angelegten ländervergleichenden Untersuchung sowohl quantitativ in seiner ökonomischen Dimension als auch qualitativ hinsichtlich seiner historischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen analysiert und damit zum Gegenstand einschlägiger Debatten gemacht zu haben (vgl. Zimmer/Priller 2004: 29ff).

Auch in der Europäischen Union wurde im Laufe der 90er Jahre das beschäftigungspolitische Potential des dritten Sektors entdeckt. Hier sind die Strategien und Hoffnungen vor allem mit der Förderung der „lokalen Ökonomien“ verbunden, innerhalb derer den „sozialen Unternehmen“ eine wesentliche Gestaltungsfunktion zugeschrieben wird. Angelehnt an die französische Taxonomie der „économie sociale“ (zur Begriffsklärung s. weiter unten) wurde der alte – und zwischenzeitlich mehr und mehr abhanden gekommene - Begriff der „Sozialwirtschaft“ gewissermaßen über den Umweg der europäischen Ebene wieder nach Deutschland importiert (vgl. Birkhölzer 2000). Nicht zuletzt im Zuge des beschäftigungspolitischen Engagements der Europäischen Kommission, das 1997 in die Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“ zur Erforschung und Förderung des Beschäftigungspotentials des „Dritten Systems“ mündete (Europäische Kommission 2002⁴), geriet dieses „System“ in den späten 90er Jahren zunehmend in den Fokus arbeitsmarktpolitischer Strategie-

² Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 23 vom 4. 6. 1999

³ Der Begriff des „Nonprofit-Sektors“ wird – zumindest im Umfeld des „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ synonym zum Begriff des „dritten Sektors“ verwendet.

⁴ Ziel der Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“ war es, „herauszufinden, welchen Beitrag das Dritte System zur Schaffung von Arbeitsplätzen leistet. Dabei sollte überprüft werden, ob das Dritte System Arbeitsplätze schafft und sichert, ob es die Fähigkeit der Stellensuchenden verbessert, sich in das Berufsleben einzugliedern, wie es dies zustande bringt, für welche Aktivitäten und unter welchen Bedingungen. Außerdem sollte geklärt werden, wie das Potenzial des Dritten Systems im Hinblick auf die Beschäftigung besser genutzt werden kann. Und schließlich standen die Auswirkungen des Dritten Systems im Hinblick auf sozialen Zusammenhalt, Innovation und lokale Entwicklung zunehmend im Mittelpunkt der Betrachtung.“ (Europäische Kommission 2002: 10)

gien und Programme auf europäischer Ebene. Prioritär ging es der Kommission dabei um die Förderung lokaler Beschäftigungspotenziale, mit der die Hoffnung verbunden wird, „dass sie das Angebot von neuen Gütern und Dienstleistungen fördern, die eine bessere Lebensqualität für alle bedeuten, und gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten“ (ebd.: 3). Seit 1997 ist die Förderung der „Sozialwirtschaft“ – wie der Begriff der „sozialen Ökonomie“ ein weiteres Synonym für den hier angezielten Bereich – regelmäßig, wenn auch in wechselnder Terminologie, in den für die Mitgliedsstaaten verpflichtenden „beschäftigungspolitischen Leitlinien“ des Europäischen Rates festgeschrieben⁵. In die Förderkulisse des ESF wurden entsprechend Organisationen des „Dritten Systems“ einbezogen.

Genährt durch eine Analyse im Rahmen der „Pilotaktion“, die zwischen 1995 und 1998 EU-weit einen Ist-Stand von 8,88 Millionen bezahlter Arbeitsplätze (in Vollzeitäquivalenten) zu Tage förderte, was 7,9 % aller lohnabhängig Beschäftigten im zivilen Bereich entspricht (ebd.: 9), fand der bis in die frühen 90er Jahre beschäftigungspolitisch kaum beachtete dritte Sektor fortan auch hierzulande größere Aufmerksamkeit und verleitete zu den Eingangs zitierten euphorischen Lobgesängen. Diese erinnern mittlerweile allerdings in Anbetracht der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und düsterer Prognosen vom „Ende der (Erwerbs-)Arbeit“ vielfach eher an das sprichwörtliche Pfeifen im Walde.

Zwar begannen sich in den 90er Jahren zunehmend Ökonomen für diesen Bereich zu interessieren, weil er sich weltweit zu einem nun plötzlich beachteten wie beachtlichen wirtschaftlichen Faktor entwickelt hatte. Inzwischen sind diese Stimmen zumindest in den Etagen politischer Entscheidungsträger weitgehend verstummt und weichen unter der Dominanz rasant um sich greifender neoliberaler Konzepte erneut einer abflauenden Aufmerksamkeit, ja weitgehender Ignoranz gegenüber dem dritten Sektor (Zimmer/Priller 2004: 10). Ihm wird in Zeiten leerer öffentlicher Kassen allenfalls noch eine Lückenbüßerfunktion angetragen, insofern mit dem Appell an Solidarität und bürgerschaftliches Engagement lediglich der Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates kaschiert werden soll (vgl. Priller/Zimmer/Anheier u.a. 1999: 12).

Freilich werden von den „Idealisten“ aus den nicht mehr ganz neuen Milieus der neuen sozialen Bewegungen noch die „Utopien für ein anderes Arbeiten“ entworfen, so das „Recht auf Existenz im Sinne einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Arbeitszwang“, eine „Orientierung der Ar-

⁵ In den „Leitlinien“ von 1997 werden die Mitgliedstaaten verpflichtet zu „prüfen, wie die Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden können, die durch die Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene, im Sozialwesen und bei neuen Aktivitäten im Zusammenhang mit den vom Markt noch nicht befriedigten Bedürfnissen gegeben sind, und untersuchen hierbei, welche Hindernisse dem entgegenstehen und wie diese Hindernisse verringert werden können“ (Dokument Nr. 13200/97 des Rates), http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/98_guidelines_de.htm (Zugriff am 10.7.04)

beit an Gebrauchswert und Sinnhaftigkeit statt am Profit“, eine „demokratische und selbstverwaltete Organisation von gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten“, die „gleiche Verteilung und Bewertung von Arbeit zwischen den Geschlechtern“ oder die „Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, und zwischen ‚Nord und Süd‘“ (Kongress „Anders arbeiten – oder gar nicht“ 1999). Auf der anderen Seite ist der dritte Sektor längst in die neoliberalen Konzepte der Privatisierung des Sozialstaates, des „workfare“ statt „welfare“ (d.h. die Koppelung der Gewährung von Sozialleistungen an die Ableistung von Arbeit) integriert. Der dritte Sektor wird dann – wie es Jeremy Rifkin (1995) in seinen provokanten Prognosen formuliert hat - wieder zum Auffangbecken für die aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgestoßenen Opfer der dritten industriellen Revolution degradiert, die im marktwirtschaftlichen Sinne „nichts wert“ sind und die in Nonprofit-Organisationen freiwillig zu „Schattenlöhnen“ arbeiten, um die sozialen, gesundheitlichen, psychischen, kulturellen und ökologischen Schäden zu reparieren, die der erste Sektor produziert.

Als arbeitsmarktpolitisches Gestaltungsfeld wird der dritte Sektor aber hierzulande mittlerweile wieder weitgehend ignoriert. Ein geradezu symptomatisches Beispiel dafür sei in der Antwort des sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit auf eine große Anfrage der PDS-Fraktion nach den Arbeitsplatzpotentialen im „Dritten System“ und nach Möglichkeiten von deren Erschließung zitiert⁶:

„Die Sächsische Staatsregierung hält primär die Schaffung marktfähiger Arbeitsplätze im regulären Arbeitsmarkt für erforderlich. Nur auf diesen Arbeitsplätzen können die Mittel für eine zwangsläufig auch auf Subventionen angewiesene Non-Profit-Ökonomie erwirtschaftet werden.

Schätzungen zu möglichen Arbeitsplatzpotentialen einer Non-Profit-Ökonomie sind wegen der definitorischen und statistischen Abgrenzungsproblematik kaum möglich. (...) Diese Unschärfe der Abgrenzung lässt seriöse quantitative Prognosen nicht zu“ (Sächsischer Landtag 2004).

Der Grundtenor dieser Stellungnahme, in der eindrucksvoll die von Zimmer/Priller (2004: 10) beklagte Sichtweise auf den dritten Sektor als „minderwertiger Konkurrent“ der „richtigen“ Wirtschaft bzw. als „mehr oder weniger notwendige Bürde“ zum Ausdruck kommt, verweist auf die im folgenden Überblick angerissenen Fragen.

⁶ Die entsprechende Frage lautete: „Welche Arbeitsplatzpotentialen bestehen nach Auffassung der Staatsregierung im so genannten 3. System (Non-Profit-Ökonomie zwischen Markt und Staat)? Wodurch könnten diese Arbeitsplatzpotentialen erschlossen werden?“

Zunächst soll der unzweifelhaft komplizierten „Abgrenzungsproblematik“ nachgegangen werden: Was ist der „Dritte Sektor“, wer gehört eigentlich dazu? Lässt sich der angezielte Bereich sinnvoll definieren und lässt sich die „Unschärfe der Abgrenzung“ ein Stück weit überwinden? Welchen konkurrierenden Konzepte existieren hierzu? Neben einem sehr knappen Abriss einiger aktueller Diskussionslinien zur zivilgesellschaftlichen Relevanz des dritten Sektors wird schließlich die Frage nach dem ökonomischen und speziell dem Beschäftigungspotential der vermeintlichen „Job-Maschine“ aufgegriffen.

I. „Dritter Sektor“, „drittes System“, „Sozialwirtschaft“ oder was? – Versuch der Abgrenzung und Einordnung

Wer gehört dazu?

Kaum eine größere Veröffentlichung über den „dritten Sektor“⁷, das „dritte System“ oder die „Sozialwirtschaft“ in Deutschland kommt in den letzten Jahren ohne einen an exponierter Stelle platzierten Hinweis auf den „defizitären Kenntnisstand“ (Priller/Zimmer 2001a) oder die „unzureichenden Informationen“ (Betzelt/Bauer 2000) zu diesem Thema aus. Noch immer wird der Gegenstand als „wissenschaftliches Neuland“, ja als „Terra incognita“ eingeführt (Birkhölzer/Kramer 2002b). Wir lesen zwar inzwischen einiges über die – meist recht spekulativen – Hoffnungen und Erwartungen gegenüber dem dritten Sektor als Krisenhelfer des Sozialstaates, des Arbeitsmarktes, der Zivilgesellschaft; wir wissen aber in der Tat noch wenig über das empirische Bild des Sektors hinsichtlich seiner Leistungen, seiner Beschäftigungspotentiale, seiner Ressourcen und Organisationskulturen. Es existiert keine amtliche Statistik, in der etwa die Organisationen, Vereine oder Betriebe des „dritten Sektors“ oder der „Sozialwirtschaft“ erfasst wären. Es gibt nicht einmal ein übereinstimmendes Verständnis, wer oder was eigentlich genau zu diesem weiten Feld gehört und welche Merkmale für dieses „Neuland“ als konstitutiv angesehen werden können. Und es gibt keine einigermaßen konsistente Terminologie zur Bezeichnung des Phänomens.

Wenn man über keine geeigneten Begriffe für eine Kategorie verfügt, dann behilft man sich gern mit der Aufzählung ihrer Elemente: Der hier angezielte äußerst heterogene Bereich umfasst demnach Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige GmbHS, soziale Dienste, Tauschringe aber auch Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, soziokulturelle Initiativen einerseits, nichtstaatliche Krankenhäuser und Forschungseinrichtungen andererseits - und vieles vieles andere. Ob nun als NGO (Nongovernmental Organization) mit Beobachterstatus bei der UNO, wie z.B. Greenpeace oder Amnesty International, oder einfach als NPO (Nonprofit Organization) in Form eines kleinen

⁷ Dass der „dritte Sektor“ nicht mit dem volkswirtschaftlichen Begriff des „tertiären Sektors“ oder „Dienstleistungssektors“ identisch ist, dass wird hier stillschweigend vorausgesetzt.

gemeinnützigen Sport- oder Kulturvereins, ob als Bundesverband der Industrie, als privates Krankenhaus, als Selbsthilfegruppe ehemaliger Alkoholabhängiger, als Integrationsunternehmen für schwer vermittelbare Arbeitslose, als Jugendhilfeeinrichtung oder als Kinderladen, als Brieftaubenzüchterverein oder Partei – sie alle und unzählige andere finden an der ein oder anderen Stelle Erwähnung als Mitglieder der großen Familie „Dritter Sektor“ (vgl. Düchting 2000).

Oder man nähert sich über die Genealogie und versucht das diffuse Feld von dieser Seite her zu fassen:

Historisch ist die Herausbildung von Organisationen „zwischen Markt und Staat“ alles andere als ein neues Phänomen. Die *ältere Traditionslinie* dessen, was heute zum dritten Sektor gezählt wird, wurde weitgehend im 19. Jahrhundert konturiert. Zwar lassen sich die Ursprünge des Stiftungswesens in Form der Anstaltsstiftungen in kirchlicher Tradition bis in Mittelalter zurückverfolgen (vgl. zum folgenden: Zimmer/Priller 2004: 45f). Prägend für die ältere Tradition des heutigen dritten Sektors war indes das 19. Jahrhundert, in dem mit der Kodifizierung des Bürgerlichen Gesetzbuches die heute noch häufigsten einschlägigen Rechtsformen des Vereins und der Stiftung festgeschrieben (und zugleich unter die Genehmigungspflicht des Staates gestellt) wurden und in dem zugleich die privilegierte Stellung der sozialen Organisationen im Subsidiaritätsprinzip verankert wurde. Insbesondere Vereine – vom Turn- über den Gesellen- bis zum Arbeiterbildungsverein – entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die „soziale Frage“ in überaus großer Anzahl (Best 1993). Im selben Zeitraum entfaltete sich in Deutschland ein aktives Genossenschaftswesen (vgl. Pankoke 2000), das sich zunächst als Selbsthilfebewegung wirtschaftlich Schwacher und gefährdeter verstand (vgl. Hettlage 1998: 142), aber in der weiteren Entwicklung zusehends in den Marktsektor abwanderte⁸.

Diese ältere Traditionslinie findet einen weiteren Höhepunkt vor allem in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, als sich die bis dahin vorwiegend lokal operierenden Wohlfahrtsvereine zu den heute noch existierenden Wohlfahrtsverbänden gemäß ihrer weltanschaulichen bzw. konfessionellen Orientierung in Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt zusammenschlossen. Ebenfalls entstanden das Deutsche Rote Kreuz und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband. Die enge Verkoppelung dieser Spitzenverbände mit staatlichen Instanzen hat ihre Wurzeln in der Weimarer Republik.

⁸ Gerade diese Genossenschaften sind ein Streitfall zwischen den „Schulen“ der Dritte-Sektor-Forschung, repräsentiert durch das „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ und der ökonomisch orientierten sozialwirtschaftlichen Forschung. Dabei geht es schlicht um die Frage, ob Genossenschaften aufgrund ihrer heute meist ausgeprägten Marktorientierung noch dem „dritten Sektor“ bzw. „System“ zuzurechnen seien (s. weiter unten).

Eine weitere Blütezeit, die das noch heute vorzufindende Gesicht des dritten Sektor in seiner Vielfalt und Unüberschaubarkeit prägte, erlebte nicht nur Deutschland in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, als im Gefolge des umfassenden gesellschaftlichen Umbruchs die zahllosen Gruppierungen und Initiativen der neuen sozialen Bewegungen das Licht der Welt „zwischen Markt und Staat“ erblickten. In dieser Epoche entstehen unter anderem die Initiativen und Organisationen der Umweltschutz-, Frauen- und Friedensbewegung, die zahllosen weiteren Initiativen und Vereine mit sozialen Zielsetzungen, Arbeitslosenzentren, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Einrichtungen der Soziokultur und der freien Kulturarbeit. Wie die ältere, so steht insbesondere auch die neuere Entwicklungslinie in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, hier mit denen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in deren Folge viele Menschen auch im Sinne einer neuen gesellschaftspolitischen Perspektive eigene und individuelle Lebensalternativen entwerfen und selbst zu realisieren suchen (Düchting 2000).

In jedem Fall ist die Entstehung von Initiativen des dritten Sektors, die sich oft erst im Laufe der Zeit zu regelrecht verfassten Organisationen fortentwickeln, eng mit dem gesellschaftlichen (oder auch ökonomischen bzw. technologischen) Wandel verknüpft. Birkhölzer/Kramer (2002a:14) identifizieren in diesem Zusammenhang – freilich auf der Suche nach dem Entstehungskontext „Sozialer Unternehmen“ (s. weiter unten) - 12 verschiedene "Bewegungsmilieus"⁹, denen allen gemeinsam sei, „dass es sich bei diesem Anlass stets um die Erfahrung eines gesellschaftlichen Mangels oder Konfliktes handelt, der von den etablierten Institutionen nicht aufgegriffen oder überwunden wird“. Sie stellen fest, dass die Gründungskonstellation der dabei entstehenden Organisationen auf Dauer konstitutiv für das Selbstverständnis und die jeweilige Organisationsstruktur bleibt. Neue gesellschaftliche Veränderungen bzw. Herausforderungen führen dabei in aller Regel nicht zu veränderten Orientierungen innerhalb etablierter Organisationen, sondern zur additiven Gründung neuer (sozialer) Bewegungen.

Hinsichtlich der „Bewegungsmilieus“ differenzieren die Autoren (ebd.) eine ältere „sozialwirtschaftliche“ Bewegung, deren Ursprünge ins 19. Jahrhundert zurückreichen und eine jüngere „sozialwirtschaftliche“ Bewegung, die sich erst seit den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu entfalten beginnt¹⁰.

⁹ Sie sprechen von „Bewegungsmilieus“, weil „es sich keineswegs um eine einheitliche Soziale Bewegung handelt, sondern sich die jeweiligen Akteure sowohl in der Vergangenheit wie in der Gegenwart in voneinander abgegrenzten ‚Szenen‘ bewegen, die ihrerseits nicht nur über gemeinsame Verbände, Dachorganisationen und intermediäre Einrichtungen verfügen, sondern in der Regel auch eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Wertvorstellungen und Zielsetzungen teilen“ (Birkhölzer/Kramer 2002: 14)

¹⁰ Vgl. den detaillierten Überblick über Umfang und Potential der einzelnen Bereiche bei Birkhölzer/Kramer 2002: 15ff

Ältere „Bewegungsmilieus“

- Genossenschaftsbewegung
- Wohlfahrtsorganisationen
- Stiftungen
- ideelle Vereinigungen

Neuere „Bewegungsmilieus“

- Integrationsunternehmen benachteiligter Gruppen
- Freiwilligendienste bzw. -agenturen
- Alternativ-, Frauen- und Umweltbewegung
- Selbsthilfebewegung
- Soziokulturelle Zentren
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften
- Tauschsysteme auf Gegenseitigkeit
- Nachbarschafts- und Gemeinwesenökonomieinitiativen

Die Geschichte der Nonprofit-Organisationen in Deutschland hat nach Anheier/Seibel (1997: 129; vgl. auch Priller/Zimmer 2001a: 14f) zu drei prägenden Grundprinzipien im Verhältnis von Staat und drittem Sektor geführt:

- Das **Prinzip der Selbstverwaltung**, das in der Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Staat seinen Ursprung hat und heute auf der Grundlage des verfassungsmäßig garantierten Rechtes auf Vereinigungsfreiheit den verschiedenen Verbänden des Wirtschafts- und Berufslebens sowie kommunalen und regionalen Organisationen einen vor dem unmittelbaren staatlichen Zugriff geschützten Freiraum garantiert.
- Das **Prinzip der Subsidiarität**, das der Erbringung von Wohlfahrtsleistungen durch private Nonprofit-Organisationen (wie Wohlfahrtsverbänden) Priorität gegenüber staatlicher Intervention einräumt und das in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg im Rahmen der Sozialhilfegesetzgebung zu einem fundamentalen Grundsatz für die im Sozial- und Gesundheitsbereich tätigen Organisationen wurde. Das Subsidiaritätsprinzip stellt gewissermaßen das ökonomische Fundament des deutschen Nonprofit-Sektors dar und ermöglichte erst das Wachstum des Dritten Sektors. Aktuell allerdings degeneriert die Vorgabe, nach der der „weltanschaulich neutrale Staat“ zugunsten der pluralen Wertorientierungen gesellschaftlicher Kräfte zurücktreten sollte, angesichts knapper Haushaltskassen und genereller staatlicher Rückzugstendenzen zu einem an Effizienz und Kostenersparnissen ausgerichteten Verständnis von „Outsourcing“.
- Das **Prinzip der Gemeinwirtschaft** schließlich verbietet den entsprechenden genossenschaftlichen Organisationen die individuelle Gewinn- oder Vermögensmaximierung. Allerdings näherte sich das Selbstverständnis der Genossenschaften in Deutschland weitgehend an den kommerziellen Sektor an und ist mittlerweile marktwirtschaftlich geprägt.

Das Spektrum der Organisationen ist jedenfalls beachtlich und beachtlich ist auch die verwirrende Vielfalt der Begrifflichkeiten, mit denen „der Markt für das Gute und Gemeinnützig“ (Die ZEIT 45/2001) mehr notdürftig einzugrenzen als zu definieren versucht wird. Neben den Begriffen des

„dritten“ oder „Nonprofit-Sektors“, der „Sozialwirtschaft“ und des „dritten Systems“ stößt man auch auf die „Solidarwirtschaft“, den „gemeinnützigen Sektor“, die „Gemeinwesenökonomie“ oder die „soziale Ökonomie“ - und andere. Auf der Ebene der darin verorteten Organisationen bekommt man es, außer mit den besagten NPOs und NGOs mit „sozialen Betrieben“ oder „gemeinnützigen Unternehmen“, „Organisationen ohne Erwerbszweck“ oder auch mit „intermediären Organisationen“ zu tun - um nur im deutschen Sprachraum zu bleiben.

Auf internationaler Ebene verursacht die Übersetzung der entsprechenden Begriffe schon aufgrund der unterschiedlichen kulturellen und ökonomischen Hintergründe oft zusätzliche Missverständnisse, besteht doch schon innerhalb dieser Länder unter den einschlägigen Akteuren durchaus kein einheitliches Verständnis der Begrifflichkeiten. Es mag, wie Birkhölzer (2000) vermutet, mit dieser „babylonischen Sprachverwirrung“ zusammenhängen, dass die Aktivitäten im „Dritten System“ immer noch als marginal betrachtet werden. Die Ursache für dieses Dilemma sieht er (ebd.: 5) in der Tatsache,

„dass das Konzept des Dritten Sektors bzw. des Dritten Systems eben kein theoretisches Konstrukt wissenschaftlicher Bemühungen ist, sondern der Praxis einer äußerst dynamischen sozialen Bewegung entstammt, die keine eindeutige oder gar einheitliche Struktur aufweist, sondern je nach den historischen, politischen und kulturellen Kontexten unter den verschiedensten Begrifflichkeiten als Dritter Sektor oder Drittes System, *Économie sociale* oder *Économie solidaire*, *Community Economy* oder *Neighbourhood Economy* usw. auftritt.“

Und offensichtlich trifft es auch zu, dass der Mangel an Klarheit über Charakter, Umfang und Bedeutung dieses Sektors dessen politische Akzeptanz behindert, weshalb die Entwicklung eines gemeinsamen Selbstverständnisses der Akteure ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse.

Zwar hat sich im wissenschaftlichen Diskurs der Begriff des „dritten Sektors“ hierzulande mittlerweile fest etabliert. Die „Dritte-Sektor-Forschung“ hat sich im Gefolge des „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ zum überwiegend gebrauchten und akzeptierten Label entwickelt.¹¹ Dennoch kann von einer halbwegs einheitlichen Terminologie oder auch nur einer irgendwie konsistenten begrifflichen Differenzierung – weder innerhalb, noch zwischen den Diskursebenen der Wissenschaft, der Politik und der Akteure des dritten Sektors selbst – nicht die Rede sein.

¹¹ Insofern soll auch hier zunächst der unreflektierte Mainstream-Begriff des „dritten Sektors“ verwendet werden, solange es nicht ausdrücklich um feinere Differenzierungen auf terminologischer Ebene geht.

Der Versuch, etwas Ordnung in das Begriffsdickicht zu bringen, führt zunächst zur Differenzierung zweier grundlegend zu unterscheidender – und jeweils an eigene Terminologien gebundener - Zugangsperspektiven zum Gegenstand: Die *zivilgesellschaftliche Fokussierung* auf den „Dritten Sektor“ einerseits und die *ökonomische Fokussierung* auf die „Sozialwirtschaft“ bzw. das „Dritte System“ andererseits.

Der Begriff des „Dritten Sektors“

Die Schwierigkeiten begegnen uns hier schon auf der begriffslogischen Ebene. Die Rede vom dritten Sektor ist eigentlich nur eine Metapher: Sie wird – sofern man sich die Mühe macht, sie auf definitiven Gehalt und Konsistenz zu hinterfragen – meist als eigentlich nicht haltbar erkannt und entweder durch andere – ebenso erklärungsbedürftige – Metaphern ersetzt (etwa „drittes System“; vgl. Birkhölzer/Kramer 2002a), mangels Alternative und weil sie sich durch die normative Kraft des Faktischen letztendlich doch durchgesetzt hat – zur Not in Anführungszeichen verwendet (Betzelt/Bauer 2000) oder ihre Verwendung wird als „heuristisches Modell“ legitimiert (Zimmer/Priller 2004: 16).

Die heuristischen Probleme beginnen aber bereits, wenn man sich die naheliegende Frage stellt, wovon der dritte Sektor eigentlich ein Sektor, also ein Teil sein soll: Die naheliegende Antwort „der Gesellschaft“ greift zu kurz, denn was ist dann mit solch althergebrachten Dingen wie der Familie, der Kirche, der Wissenschaft, dem Wertesystem? Sind sie auch „Sektoren“? Und was ist dann das gemeinsame Merkmal, das sie als „Sektoren“ konstituiert?

Die akzeptabelste Antwort ist hier wohl: Der Sektorenbegriff zielt auf die Mesoebene der in der Gesellschaft tätigen Organisationen. Diejenigen Organisationen, deren Zweck in der Gewinnmaximierung besteht, stehen dann denjenigen gegenüber, die staatliche Hochheitsfunktionen ausüben, und dazwischen schiebt sich gleichsam der „Dritte“ Sektor, der diese beiden Zwecke nicht teilt. Der kleinste gemeinsame Nenner bei der Definition des begehrten Objektes erschöpft sich zunächst also in der – allerdings aufgrund diverser Verflechtungen auch nicht ganz trennscharfen – Abgrenzung zum Markt als erstem Sektor sowie zum Staat als zweiten Sektor¹². In Anlehnung an die systemtheoretische Terminologie¹³ wird den Organisationen des Marktes die Steuerungslogik „Wettbewerb“ (bzw. „Tausch“ oder „Profitmaximierung“) zugeordnet, wobei als Steuerungsmedium¹⁴ hier das

¹²Die Enumeration der beiden anderen Sektoren erfolgt übrigens mit großer Beliebigkeit: Während mehrheitlich dem Markt das Privileg des „ersten“ Sektors zuerkannt wird, verfährt eine nicht unbeachtliche Zahl von Autoren gegenteilig und macht den Staat zum „ersten“ Sektor (bspw. Betzelt/Bauer 2000: 9). Ob die unterschiedlichen Zuordnungen einer politischen Prioritätensetzung entspringen, lässt sich hier nicht klären.

¹³Zur systemtheoretischen Bedeutung von Kommunikations- bzw. Steuerungsmedien vgl. Luhmann (1997) und Parsons (1980).

¹⁴Zur Theorie der Steuerung im Kontext der Systemtheorie vgl. Wilke (1995).

Geld fungiert. Dem entspricht auf der Seite des Staates die Steuerungslogik „Hierarchie“ mit dem Steuerungsmedium der „Macht“. Den Organisationen des dritten Sektors kann dann die Steuerungslogik der „Kooperation“ bzw. „Sozialintegration“ zugewiesen werden, mit „Solidarität“ als Steuerungsmedium (vgl. Menninger/Brauns 2000, Zimmer/Priller 2004: 16f).

Nicht selten wird den Dreien ein quasi „vierter Sektor“ an die Seite gestellt, der die lebensweltlich-informelle Sphäre in Form der „gemeinschaftlichen Gebilde“ wie Clans oder Familien umfasst. Hierbei verlässt man aber wieder den gemeinsamen Boden des Kriteriums der formalen Organisation, da dieser vierte „Sektor“ gerade durch die nicht vorhandene formale Organisationsform¹⁵ vom dritten Sektor abgegrenzt werden soll (Zimmer/Priller 2004: 16). Ohne dieses gemeinsame Kriterium werden aber schließlich wieder Äpfel mit Birnen verglichen.

Das Problem der schiefen Vergleichsebenen entsteht mithin durch den „polyvalenten“ Charakter der gemeinhin dem dritten Sektor zugerechneten Organisationen, mit anderen Worten: in ihrer „Multifunktionalität“ im gesellschaftspolitischen Diskurs (Evers u.a. 2002): Organisationen des dritten Sektors zeichnen sich durch „Zielvielfalt“ aus (Europäisches Parlament 2000: 14f) und sind in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären aktiv: Anders als privatwirtschaftliche Firmen oder staatliche Behörden sind sie nicht auf eine einzige oder primäre Funktionswahrnehmung festgelegt, sondern durch einen „Funktionsmix“ gekennzeichnet. So lässt sie ihre im Grunde ökonomische Funktion der Dienstleistungserstellung in die Sphäre des Marktes eindringen, die Funktion der Interessenartikulation und –vermittlung macht sie zu politischen Akteuren, lokale Verankerung und Mitgliedschaftsprinzip verweisen auf ihre sozial-kulturelle Integrationsfunktion. Eine eindeutige Grenzziehung zwischen den wie auch immer definierten „Sektoren“ ist damit entgegen der mit dem Terminus eigentlich verknüpften Konnotation eindeutiger Grenzen gar nicht möglich: „Die Organisationen des Dritten Sektors sind somit stets gleichzeitig Sozialintegratoren, Lobbyisten wie auch Dienstleister, wenn auch jeweils in unterschiedlicher Pointierung“ (Zimmer/Priller 2004). Sie sind somit prädestiniert für die Rolle als Vermittler zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen. Womit wir auf der ungleich bedeutsameren inhaltlichen Ebene angelangt wären.

Abgrenzung des dritten Sektors

Neben der Expansion des dritten Sektors im Zuge der neuen sozialen Bewegungen seit den 70er Jahren, die einher ging mit Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung und direkteren Partizipationsformen, verortet Zimmer (2002: 2ff) einen wesentlichen Anlass zur „Entdeckung“ des Dritten Sektors jenseits von Markt und Staat in den USA in der sich in den 70er Jahren schon abzeichnenden

¹⁵Was aber im Gegensatz zum Freiwilligkeitsprinzip im dritten Sektor andererseits mit einer quasi Zwangsmemberschaft einhergeht.

„Wende“ vom Keynesianismus der Nachkriegszeit zum Neoliberalismus der Reagan- und Thatcher-Ära:

„Die Beschäftigung mit dem Sektor und seinen Organisationen in den USA erfolgte zunächst aus einer Abwehrsituation heraus. Mit Verweis auf die Kapazitäten des „Independent Sector“ der freiwilligen Vereinigungen, Nonprofit-Organisationen und privaten Stiftungen wurde unter der Reagan-Administration der Wohlfahrtsstaat als „Big Government“ maßgeblich zurückgefahren. Die Ergebnisse der Dritten-Sektor-Forschung zeigten jedoch, dass sich wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungserstellung in den USA wie andernorts in hohem Maße durch Public-Private Partnership auszeichnet, wobei Nonprofit-Organisationen eine ganz wesentliche Bedeutung als Partner des Sozialstaates zukommt. (...)

Die Entdeckung des Sektors sowie die sich rasch entwickelnde Dritte-Sektor-Forschung ist daher in engem Zusammenhang mit der in den Sozialwissenschaften seit den 70er Jahren zunehmend konstatierten Veränderung von Staatlichkeit sowie der Vergesellschaftlichung öffentlicher Aufgaben zu sehen. Dies betrifft zum einen die Qualität des Staates als Wohlfahrtsstaat und damit die staatliche Dienstleistungserstellung sowie zum anderen den Staat als Herrschaftsinstrument und damit das Wie des Regierens bzw. die staatliche Governance-Struktur.“

In Anlehnung an den amerikanischen „Third Sector“, mit dem Etzioni (1973: 314f) die Hoffnung auf die Fähigkeit seiner Organisationen verband, die Effizienz der marktorientierten Unternehmen mit der Gemeinwohlorientierung des Staates zu verbinden und als private Organisationen im öffentlichen Interesse tätig zu sein, wurde ab 1990 - ausgehend vom *Johns Hopkins Institute for Policy Studies* in Baltimore - die umfangreiche international vergleichende Erforschung dieses Sektors begonnen. Im Rahmen dieses Projekts wurde – orientiert an der *International Classification of Nonprofit Organizations* (ICNPO) der UNO eine an operativen Kriterien ausgerichtete Definition erarbeitet, die in der internationalen Dritt-Sektor-Forschung nach wie vor dominiert. Nonprofit-Organisationen sind demnach (vgl. Salamon/Anheier 2001: 9; Anheier u.a. 1997:15; Zimmer/Priller 2004: 32):

- Formell strukturiert, haben einen institutionellen Aufbau und treten in der Öffentlichkeit auf,
- privat, d.h. organisatorisch vom Staat unabhängig,
- eigenständig verwaltet, d.h. sie üben selbst die Kontrolle über ihre Geschäfte aus,
- nicht gewinnorientiert (nonprofit), d.h. sie schütten keine Gewinne an Mitglieder, Angestellte oder Eigner aus,
- zu einem gewissen Grad von freiwilligen Beiträgen und Spenden bzw. ehrenamtlichem Engagement getragen,
- freiwillig, d.h. es besteht keine Zwangsmitgliedschaft.

Diese Definition von Nonprofit-Unternehmen entspricht am ehesten der Kategorie der "Organisationen ohne Erwerbszweck" aus der früheren amtlichen deutschen Statistik; diese werden aber nach Modifizierung bzw. Anpassung an die EU-Statistik nicht mehr ausgewiesen (vgl. Zimmer/Priller 2004: 32f).

Nicht ganz einfach gestaltet sich dabei die Abgrenzung nach dem Kriterium „organisatorisch vom Staat unabhängig“: Das Kriterium bezieht sich auf die Eigenständigkeit der Verwaltung und auf die Unabhängigkeit der Leitungsgremien der fraglichen Organisationen gegenüber dem Staat. Faktisch arbeiten gerade Wohlfahrtsorganisationen bei der Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen eng mit staatlichen Instanzen zusammen („im Auftrag des Staates“) und nicht wenige werden auch zu beinahe 100% durch öffentliche Mittel finanziert (vgl. Priller/Zimmer 2001a: 10). Formal ist das Kriterium der Unabhängigkeit dabei zwar relativ einfach und eindeutig festzustellen; Birkhölzer/Kramer (2002a: 12) bezweifeln aber, dass in Dritt-Sektor-Erhebungen immer eine eindeutige Abgrenzung zu sog. „QUANGOS“ (Quasi Non Governmental Organisations) vorliegt. Dies sind überwiegend staatlich kontrollierte und finanzierte Unternehmen mit privatrechtlicher Verfassung, also Organisationen, die aus einer Behörde hervorgehen, deren interne Geschäftsabläufe aber noch in erheblichem Maße von dort mitbestimmt werden.

Das „Nonprofit“-Kriterium ist zumindest terminologisch irreführend, da es sich nicht – wie der Begriff suggeriert - um den Ausschluss jeglicher Gewinnerzielungsabsicht handelt, wie sie im deutschen Begriff der Gemeinnützigkeit angelegt war. Betzelt/Bauer (2000) kritisieren den Begriff „Nonprofit-Organisation“ u.a. deshalb, weil er nicht zwischen den Rechtsformen der freiwilligen Vereinigungen einerseits und den Betrieben in deren Trägerschaft unterscheidet. In der Praxis war der Ausschluss jeglicher Gewinnerwirtschaftung ohnehin nie durchzuhalten, so dass mittlerweile davon gesprochen wird, dass die Gewinnerzielungsabsicht nicht vorherrschend sein dürfe, was eine klare Abgrenzung nicht gerade erleichtert (ebd.: 5). Für die AutorInnen im Umfeld des „John-Hopkins-Comparative“-Projektes bedeutet dies, dass die sog. Nonprofit-Organisationen dem „non-distribution constraint“ unterliegen: „Damit sind sie im ökonomischen Sinne nicht gewinnorientiert tätig, sondern müssen ihre Gewinne in die Organisation reinvestieren“ (Zimmer/Priller 2004: 33). Birkhölzer/Kramer (2002a: 3) schlagen vor, anstelle des „Nonprofit“-Kriteriums“ vom Prinzip des "not-for-private-profit-distributing" zu sprechen, womit der Tatsache Rechnung getragen wird, dass v.a. „Soziale Unternehmen“ zwangsläufig mit Gewinnerzielungsabsicht wirtschaften müssten, die wesentliche Frage aber schließlich darin bestehe, zu welchem Zweck die Überschüsse eingesetzt würden. Andere Autoren sprechen hier von „Social-profit-Unternehmen“, womit explizit die Gewinnerzielungsabsicht vorausgesetzt und auf die sozial gebundene Verwendungsabsicht verwiesen wird (Anastasiadis u.a. 2003).

Ausgehend von der o.g. Definition wurden schließlich für die deutsche Teilstudie des „John-Hopkins-Comparative“-Projektes die folgenden Institutionen, Einrichtungen oder Organisationen eingeschlossen (Zimmer/Priller 2004: 33; s. auch Anheier u.a. 1997: 15f):

- Vereine
- Stiftungen
- Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege
- Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen in freier Trägerschaft
- Gemeinnützige GmbHs und ähnliche Gesellschaftsformen

- Wirtschafts- und Berufsverbände
- Gewerkschaften
- Verbraucherorganisationen
- Selbsthilfegruppen
- Bürgerinitiativen
- Umweltschutzgruppen
- Staatsbürgerliche Vereinigungen

Auf der Ebene der Tätigkeitsbereiche der erfassten Organisationen wurde folgende Einteilung entwickelt (Zimmer/Priller 2004: 34):

- Kultur und Erholung
- Bildung und Forschung
- Gesundheitswesen
- Soziale Dienste
- Umwelt- und Naturschutz
- Wohnungswesen und Beschäftigung (lokale Wirtschaftsentwicklung)

- Vertretung von Bürger- und Verbraucherinteressen
- Stiftungs- und Spendenwesen sowie ehrenamtliche Arbeit
- Internationale Aktivitäten
- Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften
- Sonstiges

Nicht aufgenommen wurden in die deutsche „John-Hopkins-Comparative“-Teilstudie ausgehend von dieser Definition somit neben politischen Parteien und reinen Kirchenverwaltungen auch öffentliche Unternehmen und Anstalten sowie Regiebetriebe der öffentlichen Hand auf der einen Seite, andererseits – aufgrund des Ausschlusskriteriums der Gewinnmaximierungsabsicht - Organisationsformen auf Gegenseitigkeit (Versicherungen), erwerbswirtschaftliche Unternehmen und Produktions- und Verbrauchergenossenschaften¹⁶ (ebd.).

Die zivilgesellschaftliche Relevanz des „dritten Sektors“

Die aktuellen sozialwissenschaftlichen wie – wenn auch weniger ausgeprägt – politischen Diskussionen entlang des Labels „Dritter Sektor“ fokussieren sich mittlerweile stark auf die Frage nach dem *zivilgesellschaftlichen* Potential dieses Sektors. Der diesbezügliche gesellschaftspolitische Modernisierungsdiskurs ist recht rege (vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, Frantz/Zimmer 2002, Zimmer/Nehrlich 2000, Beck 2000). Die Tatsache, dass sich das Interesse an der „Dritten-Sektor-Forschung“ – nachdem erste quantitative Parameter abgesteckt wurden (siehe weiter unten) – mittlerweile von der ökonomisch-arbeitsmarktpolitischen bzw. der „steuerungstheoretische“ Ebene, bei

¹⁶ Dabei entfallen nach der CIRIEC-Studie (CIRIEC 2000) aber EU-weit immerhin knapp 26 % der der „Sozialwirtschaft“ zugerechneten Arbeitsplätze auf Genossenschaften.

der der dritte Sektor als Partner des Staates bei der wohlfahrtsstaatlichen Leistungserstellung im Vordergrund stand (Zimmer 2002: 5f), auf die „zivilgesellschaftliche“ Ebene verlagert hat (vgl. Anheier u.a. 2000, Priller 2002), erscheint hinsichtlich der mit dem neuen „Gegenstand“ verbundenen Hoffnungen aber auch Ernüchterungen durchaus symptomatisch.

Die „Zivilgesellschaft“ wird gemeinhin verortet „in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen ..., die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren“ (Lauth/Merkel 1997: 16). Habermas (1998: 443) sieht die hier in Frage stehenden Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen in der Rolle einer Art gesellschaftspolitischer Resonanzverstärker, die vorhandene gesellschaftliche Problemlagen in den privaten Lebensbereichen

„aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeit institutionalisiert.“

Dem dritten Sektor wird also ein zentraler Stellenwert als „infrastrukturelle Basis“ der Zivilgesellschaft zugeschrieben, da er den „Raum für Selbstorganisation, individuelles Engagement und kollektives Handeln“ biete (Zimmer/Priller, 2000b: 2). Dabei rücken gegenwärtig, angesichts der Globalisierungs- wie Individualisierungsfolgen, die

„integrativen Funktionen der Dritten-Sektor-Organisationen ins Zentrum der Analyse, die in gewisser Weise ein Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft darstellen. (...) Diese Akzentverschiebung der Dritten-Sektor-Forschung ist vor dem Hintergrund der umfassenden Diskussion über Politikverdrossenheit sowie über die Legitimationsverluste und Steuerungsprobleme des Staates zu sehen“ (Zimmer 2002: 9).

Es geht dabei um den dritten Sektor als „Manager gesellschaftlichen Wandels“, um seine Veränderungs- und Entwicklungspotentiale. Er habe einen Beitrag zur Sozial- wie auch zur Systemintegration des Einzelnen zu leisten.

Im Gegensatz zu diesem Mainstream des zivilgesellschaftlichen Optimismus, der den Dritt-Sektor-Akteuren ein großes partizipatives und emanzipatorisches Potential zuschreibt, lassen

sich aber auch Stimmen vernehmen, die die gesellschaftspolitisch stabilisierende, sozial integrierende und staatsfördernde Rolle der Nonprofit-Organisationen kritisch beleuchten.

Düchting (2000) sieht in diesem Zusammenhang die gesellschaftliche Funktion des Dritten Sektors „vor allem in der Legitimationssicherung des politischen Systems begründet (...), das zur Lösung sozialer Probleme aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage ist.“ Deutsche Nonprofit-Organisationen handelten, wenn sie erst einmal staatlich anerkannt sind, staatsorientiert und staatstragend. Es entstehe „ein herrschaftlich regulierter Pakt auf Gegenseitigkeit“, von dem diejenigen Ansätze freiwilliger Organisationen weitgehend ausgeschlossen seien, die innerhalb der staatlichen Ordnung unerwünschte oder gesellschaftlich alternative Konzepte vertreten und sich nicht bereitwillig in den etablierten Institutionsrahmen konzertierter Aktionen einordnen lassen (ebd.).

Bauer (1995:84ff) wendet die andernorts vielbeschworenen intermediären Vermittlungsfunktionen sogar ins negative: Nonprofit-Organisationen des dritten Sektors seien an der Entschärfung sozialstruktureller Interessenwidersprüche beteiligt, ja sie verhinderten sogar Entwicklungen:

„Intermediäre Nonprofit-Organisationen tragen dazu bei, Partizipation zu verhindern und Veränderungsprozesse zu blockieren. Diese Aussage steht zwar im Widerspruch zu denjenigen, die behaupten, dass die Nonprofit-Organisationen durchaus partizipative und emanzipatorische Chancen eröffnen. Aber dieser Widerspruch existiert nur scheinbar, weil dabei der jeweilige historische und gesamtgesellschaftliche Kontext ausgeblendet wird“.

Historisch ist nämlich die Bedeutung solcher Organisationen immer dann stark angewachsen, wenn die Homogenität einer gesellschaftlichen Formation aufbrach und Krisen der Vergesellschaftung hervortraten. Entsprechende Entwicklungen waren im 19. Jahrhundert, während und nach dem ersten Weltkrieg wie auch nach dem zweiten Weltkrieg zu beobachten. Die gegenwärtigen Umbrüche in der „zweiten Moderne“ mit der Krise der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaates stellen in diesem Sinne ebenfalls einen Nährboden für Organisationen dar, die von Staat und Markt vernachlässigte Bereiche bearbeiten (sollen).

Wenn „die Politik“ also anfängt, die Zivilgesellschaft zu beschwören, dann kann dabei zumindest der Verdacht aufkommen, dies könnte vorwiegend doch nur dazu dienen, die Kosten bzw. Probleme staatlicher und wirtschaftlicher Rationalisierungsmaßnahmen auf den soge-

nannten selbstverantwortlichen Bürger bzw. die selbstverantwortliche Bürgerin abzuwälzen (Bomheuer 2001: 10).

Insgesamt überwiegen aber die hoffnungsvollen Blicke auf den Dritten Sektor. Die Vielzahl der ihm angedienten Funktionen, die Fülle der projizierten Erwartungen lässt dabei allerdings gelegentlich den Eindruck entstehen, hier sei es einer wissenschaftlich-gesellschaftspolitischen Diskusgemeinde vor allem daran gelegen, ihr Lieblingskind mit einer Vielzahl von Attributen zu päppeln, auf dass es sich schon irgendwie im gewünschten Sinne entwickle.

Zusammengefasst identifizieren Zimmer/Priller (vgl. zum folgenden 2004: 22ff) mittlerweile sechs Kontexte, in denen dem durch seine Multifunktionalität ausgezeichneten dritten Sektor eine essentielle Bedeutung zukomme:

- 1) Der Dritte Sektor habe einen wesentlichen Anteil an der **Wohlfahrtsproduktion**. Der Vorzug seiner Organisationen dabei sei es, „dass sie durch ihre Innovationsfähigkeit bei der Erstellung von Leistungen relativ schnell auf gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren und damit Wachstumsbranchen besetzen können“ (ebd.: 24). Mit der abnehmenden Leistungskraft von Markt und Staat könne der Nonprofit-Sektor seine Position im Wohlfahrtsmix durchaus noch stärken, wenn seine "schlummernden Ressourcen" aktiviert werden (Priller/Zimmer 1999).
- 2) Durch das Subsidiaritätsprinzip würden Dritt-Sektor-Organisationen in die Realisierung der staatlichen **Sozialpolitik** eingebunden: „Besonders im Zuge der aktuellen Krise des Sozialstaats, die durch einen drastischen Rückgang der dem Staat für sozialpolitische Maßnahmen zu Verfügung stehenden Mittel und durch Einbußen bei den Beiträgen in die Sozialkassen gekennzeichnet ist, wird der dritte Sektor zur Entlastung des Staates neu entdeckt“ (Zimmer Priller 2004: 24). Die enge Einbindung in das staatliche Wohlfahrtssystem habe den Wohlfahrtsorganisationen gleichzeitig eine gewisse Abhängigkeit und Einflussnahme staatlicherseits eingebracht.
- 3) Organisationen des dritten Sektors seien Orte der Interessenbündelung, Interessenartikulation und Interessenvertretung. Im Kontext der **Demokratieentwicklung** richte sich der Blick angesichts einer Auszehrung der liberalen Demokratie durch Vertrauensentzug der BürgerInnen „wieder auf lokale Gemeinschaften als Basis demokratischer Gesellschaften und die ebenfalls von den USA ausgehende, facettenreiche Debatte, die (...) vor allem das assoziative Element des liberalen Staats- und Gesellschaftsmodells herausstellt“. In An-

lehnung an Putnam werden die civil associations und membership organizations außerdem als der Ort identifiziert, an denen „soziales Kapital“, als notwendige Voraussetzung einer funktionsfähigen Verwaltung, einer effizienten Wirtschaft und einer soliden Demokratie, akkumuliert werde (Zimmer/Priller 2004: 25). Gleichzeitig aber sollen insbesondere die multinational tätigen Nichtregierungsorganisationen „mit ihrem aktiven Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte, mit ihrer anwaltlichen Tätigkeit für die Interessen von Minderheiten und dem aktiven Eintreten für ökologische Fragen eine Gegenöffentlichkeit zu den Wirtschafts- und Machtinteressen internationaler Konzerne oder auch zu politischer Willkür auf nationaler und lokaler Ebene“ schaffen (Priller/Zimmer 1999: 18ff)

- 4) Der dritte Sektor stelle die **Infrastruktur der Zivilgesellschaft** dar, die freiwilligen Vereinigungen würden als deren „organisatorischer Kern“ angesehen. „Von besonderer Bedeutung dabei ist, dass das Konzept der Zivilgesellschaft eine normative Zielvorstellung in Form eines positiv besetzten politischen Reformentwurfs mit handlungstheoretischen Reformvorstellungen verbindet, bei denen dem Dritten Sektor mit seinem Set von Organisationen, Einrichtungen und Initiativen eine maßgebliche Realisierungsrolle zufällt“ (Zimmer/Priller 2004: 26).
- 5) Dritte-Sektor-Organisationen erfüllten als Vermittler zwischen Individuum und Gesellschaft wichtige Funktionen der **sozialen Integration**. Im Mittelpunkt stehe hier die Rolle der Organisationen „für die individuelle Identitätsbildung bzw. die Ausbildung einer ‚bürgerschaftlichen Gesinnung‘ sowie eines Zugehörigkeits- bzw. Selbstwertgefühls“. Einfacher gesagt: Der dritte Sektor soll den „sozialen Kitt“ bereitstellen, der aufgrund von Modernisierungs- bzw. Individualisierungsprozessen für den Zusammenhalt der Gesellschaft benötigt wird (ebd.).
- 6) Schließlich ist da noch die Diskussion um die „**Zukunft der Arbeit**“. Vom dritten Sektor werde vor allem erwartet, dass er neue Tätigkeitsfelder und neue Einkommensquellen – vor allem auf lokaler oder regionaler Ebene - erschließe und damit einen maßgeblichen Beitrag zur Linderung der Krise des Arbeitsmarktes leiste. Dies dürfe allerdings keine perspektivlose „Parkplatz- und Abschiebefunktion“ sein. „Der Sektor kann sich letztlich nur dann zu einem attraktiven Arbeitsmarkt und zu einer arbeitsmarktpolitischen Alternative entwickeln, wenn eine Neuorientierung von Sozialpolitik erfolgt und diese nicht mehr nur auf individuelle Wohlstandssicherung angelegt ist, sondern sich vielmehr die Entwicklung und den Erhalt gesellschaftlicher Innovationspotentiale zur Aufgabe macht.“ (ebd.: 27)

In der Summe der an ihn herangetragenen Erwartungen erinnert der dritte Sektor damit stark an die sprichwörtliche „eierlegende Wollmilchsau“. Oder, wie Schröder (2003) es auf den Punkt bringt:

„Der dritte Sektor gilt als Jobmaschine und zukünftiger Ort der Arbeit, über den dritten Sektor kann angeblich die Transformation und der Umbau der europäischen Sozialstaaten reguliert werden, über den dritten Sektor werden die Regionen wiederbelebt, über den dritten Sektor werden die europäischen Gesellschaften demokratisiert und natürlich nicht zuletzt durch den dritten Sektor werden die sozialen Dienstleistungen in Europa effizienter und billiger. Diejenigen also, die diesen Begriff in die Politik gebracht haben, hatten Großes vor und wer möchte nicht ein derartiges Allheilmittel erfinden.“

Das Problem ist nur, wie auch Zimmer/Priller (2004: 27) einräumen, dass diese Erwartungen häufig einer empirischen Grundlage entbehrten und dass gern übersehen werde, „dass die Organisationen auch in der Lage sein müssen, das zu leisten, was von ihnen im Rahmen des gesellschaftlichen Reformkurses verlangt wird“.

Die bisher versuchte Umgrenzung dieses multifunktionalen Gebildes „Dritter Sektor“ verursacht schon deshalb Probleme, weil die (überzogenen) Erwartungen im Kontext der „Dritte-Sektor-Forschung“ auf sehr verschiedenen Ebenen, auf denen er für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Funktionen in Anspruch genommen wird, angesiedelt sind. Der Begriff des „dritten Sektors“ differenziert – ebenso wenig wie jener der „Nonprofit-Organisationen“ u.a. – auch nicht zwischen den freiwilligen Vereinigungen (Vereinen, Stiftungen, Genossenschaften) und den Betrieben, Dienststellen oder Einrichtungen in deren Trägerschaft. Die Rede von der „Sozialwirtschaft“ bzw. vom „Dritten System“ nimmt hier insofern eine Beschränkung vor, als sie den Blick auf sozialökonomische Aspekte und damit auf „soziale Unternehmen“ reduziert – womit sie zugleich die Perspektive auf Aspekte erweitert, die im Diskurs über den dritten Sektor eher unterbelichtet sind.

Eine andere Form des Wirtschaftens – „Drittes System“ und „Sozialwirtschaft“

Während das erwachende Interesse an der Dritt-Sektor-Forschung mit seiner vorwiegend zivilgesellschaftlich orientierten Sichtweise stark von der US-amerikanischen Perspektive und deren Begriffen und Konzepten geprägt ist, entspringt die zunehmende Beachtung der „Sozialwirtschaft“ der europäischen Diskussion „um die Wiederbelebung bzw. Weiterentwicklung der ‚Sozialen Ökonomie‘, die in ihren Wurzeln bis in die Selbsthilfe- und Genossenschafts-

bewegung des 19. Jahrhunderts zurückreicht“ (Birkhölzer/Kramer 2002a: 3; vgl. zum Folgenden: Birkhölzer/Kramer 2002a, 2002b, Europäisches Parlament 2000, Düchting 2000).

Die zivilgesellschaftliche, im amerikanischen Kontext sehr stark durch die Rolle der Philantropie geprägte Perspektive, ist sehr stark auf „Non Profit Organisations“ und „Non Governmental Organisations“ bezogen, denen in negativer doppelter Abgrenzung die besagte Position zwischen bzw. jenseits von „Markt“ und „Staat“ zugewiesen wird. Dabei dient implizit die Gesellschaft bzw. deren politisches System als Bezugspunkt.

Die „europäische“¹⁷ - an die französische Genealogie angelehnte - mehr sozialökonomische Orientierung definiert als ihren Bezugspunkt in erster Linie das Wirtschaftssystem, „wobei allerdings ein umfassenderes Verständnis von ‚Wirtschaft‘ zugrunde gelegt wird, welches über die klassischen Formen der Privatwirtschaft hinaus geht und sowohl öffentliche als auch assoziative bzw. kollektive Wirtschaftsformen einschließt“ (Birkhölzer/Kramer 2002a: 2). In dieser Sichtweise erscheint der „Sektor“ als ein „*drittes Wirtschafts-System*“, dessen konstitutive Elemente wirtschaftliche „Unternehmungen“ sind. Das Besondere an diesen „Unternehmungen“ ist allerdings, dass sie sich zusätzlich zu der im Marktsinne rationalen Art des ökonomischen Handelns durch soziales bzw. im weiteren Sinne gemeinwesenbezogenes Engagement auszeichnen. Diese Verknüpfung von ökonomischem und sozialem Handeln spiegelt sich im Begriff der „sozialen Unternehmen“ wider, der sogar Eingang in die europäische Volkswirtschaftssprache gefunden hat (Europäisches Parlament 2000: 6).

Dabei geht die Gründung „Sozialer Unternehmungen“ nach Birkhölzer/Kramer (2002a: 10) stets von Sozialen Bewegungen oder Bürgerinitiativen aus, weshalb sie zu Recht „als Teil der Zivilgesellschaft oder Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements“ angesehen werden können. Andererseits führt dieses zivilgesellschaftliche Engagement nicht zwangsläufig zur Gründung von „Sozialen Unternehmungen“. Diese entstehen erst dann, „wenn sich zivilgesellschaftliches Engagement und unternehmerische Initiative („Entrepreneurship“) zusammenfinden, oder anders ausgedrückt, wenn die Akteure die Realisierung ihrer Zielsetzungen nicht oder nicht mehr ausschließlich von anderen erwarten, sondern zu ökonomischer Selbsthilfe greifen“. Die Autoren (Birkhölzer/Kramer 2002b: 7) vermuten, „dass sich aus der Kombination von zivilgesellschaftlichem Engagement einerseits und wirtschaftlich rationalem Handeln

¹⁷ Das Statistische Amt der EU verwendete zunächst folgende – reichlich unscharfe - Definition: „Der Terminus der *Économie Sociale* steht für die Gesamtheit der relevanten, komplexen und verschiedenartigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, die weder unter den herkömmlichen privaten noch unter den öffentlichen Bereich im strengen Sinne fallen.“ (Statistisches Amt der EU, zit. nach: Knabe 2002)

andererseits eine neue Unternehmenskultur entwickelt, für die es zur Zeit keinen geeigneten ordnungspolitischen Rahmen gibt.“ Dabei erfolgt das ökonomische Handeln in der Regel in der Form von gemeinschaftlich handelnden Unternehmern.

Die Begriffe der „Sozialwirtschaft“ oder des „Dritten Systems“ stehen also in diesem Sinne für eine *andere Art und Weise des Wirtschaftens*, die auf einer „sozialen Unternehmenskultur“ beruht: „Soziale Bewegung + social entrepreneurship = soziale Unternehmenskultur“ (Birkhölzer/Kramer 2002a: 10).

In diesem Sinne haben sich „Sozialwirtschaft“ und „Drittes System“ auf der Ebene der EU zur gebräuchlich(er)en Terminologie entwickelt. Dabei verweist diese Begrifflichkeit auch darauf, dass das „Dritte System“ nicht als neue „Branche“ zu sehen ist, die Dienstleistungen oder Güter anbietet, sondern eben als eine *neue Arbeits- und Wirtschaftsweise* verstanden werden kann. Die Besonderheit „sozialer Unternehmen“ liegt dann darin, dass sie gegen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung nicht sozialpolitisch, sondern sozialökonomisch angehen wollen:

„Soziale Ziele werden durch ökonomische Aktivitäten realisiert, z.B. durch die Beschäftigung bzw. Unterbringung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, durch die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen für besondere Bevölkerungsgruppen bzw. Gebiete oder durch die Herstellung sozial-nützlicher Produkte“ (Technologie-Netzwerk Berlin e.V., o.J.).

Aus dieser Perspektive wird die damit verbundene beschäftigungspolitische Bedeutung des Phänomens deutlich, da das „Dritte System“ so verstanden eine Alternative zur derzeit herrschenden Wirtschaftsweise darstellt und nicht durch deren Defizite, insbesondere des sog. ‚jobless growth‘, gekennzeichnet ist (Bomheuer 2001: 5).

Und dieses „andere Wirtschaften“ ist nicht auf bestimmte einschlägige Branchen begrenzt, sondern kann sich in einer breiten Vielfalt von Einsatzbereichen manifestieren. Bereits das „Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1993) verweist darauf, dass neue Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere auf der lokalen Ebene im Bereich bislang unversorgter Bedürfnisse zu finden seien und die EU identifiziert in der Folge eine ganze Reihe von Wachstumsfeldern für lokale Beschäftigungsinitiativen, so z.B. die Versorgung der Grundbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, kleinräumige technische Systeme in den Bereichen Energie, Verkehr, Ver- und Ent-

sorgung, gemeindenaher Dienstleistungen in sozialer und produktiver Hinsicht, die Förderung der lokalen Kultur, die Naherholung und Freizeitgestaltung, die Umweltreparatur und Umweltschutz wie auch die kommunale Infrastruktur (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1995, 1996).

Auch Birkhölzer/Kramer (2002a: 8f) verweisen darauf, dass „Soziale Unternehmungen“ keineswegs auf soziale Dienstleistungen oder allgemeine Dienstleistungen im Sinne der Kategorie des „Tertiären Sektors“ beschränkt seien, sondern eine breite Vielfalt von Produkten und Dienstleistungen, „einschließlich industrieller High-Tech-Produkte einerseits und landwirtschaftlicher Produkte andererseits“ anbieten. Prinzipiell entstehen diese Unternehmen aber immer als Formen der Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe von BürgerInnen, die auf einem Mangel in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in einem Gebiet reagieren.

Angesichts dieses im Grunde unbeschränkten Spektrums orientiert sich die daraus abgeleitete Definition „sozialer Unternehmen“ weder an der Frage, „Was“ produziert wird (im Sinne bestimmter Produkte oder Dienstleistungen), noch a priori an bestimmten Rechts- oder Organisationsformen, wie es im Rahmen des „Johns-Hopkins-Comparative“-Projekts primär geschieht. Aber auch die traditionelle, an die französische Taxonomie angelegte Sichtweise der EU orientierte sich zunächst an der „CMAF-Familie“, nach der die „Sozialwirtschaft“ (oder eben „économie sociale“) aus den vier Rechtsformen der „Coopératives“ (Genossenschaften), „Mutualités“ (Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit), „Associations“ (freiwillige Vereinigungen) und „Fondations“ (Stiftungen) bestehe.

Um die kaum übertragbaren Besonderheiten – sowohl des amerikanischen „Dritten Sektors“ als auch der französischen „économie sociale“ – zu umgehen und um die Art und Weise des Wirtschaftens in den Mittelpunkt zu stellen, wurde vom Technologie-Netzwerk Berlin e.V. unter maßgeblicher Beteiligung von Birkhölzer die folgende Definition erarbeitet, hinsichtlich der sich auf der Ebene europäischer Forschungsprojekte mehr und mehr ein Konsens abzeichnet:

- 1) Soziale Unternehmen versuchen, spezifische *soziale Ziele durch ökonomische Betätigung* zu realisieren.
- 2) Es sind „not-for-private-profit“-Organisationen in dem Sinne, dass alle erwirtschafteten Überschüsse entweder in ökonomische Aktivitäten des Unternehmens investiert oder in

anderer Weise so genutzt werden, dass sie den gesetzten sozialen Zielen des Unternehmens dienen.

- 3) Ihre Strukturen sind so angelegt, dass das gesamte Vermögen und der akkumulierte Reichtum des Unternehmens nicht Privatpersonen gehören, sondern dass sie treuhänderisch *zum Wohl derjenigen Personen und Gebiete* verwaltet werden, welche als Nutznießer des Sozialen Unternehmens bestimmt worden sind.
- 4) Ihre Organisationsstrukturen zielen auf gleiche Rechte für alle und ermutigen alle Beteiligten, auf *kooperativer* Basis zu arbeiten.
- 5) Ein weiteres Kennzeichen des Sektors der Sozialen Unternehmen ist, dass er die wechselseitige *Kooperation* zwischen Sozialen Unternehmen und anderen Organisationen der sozialen und lokalen Ökonomie fördert“ (Birkhölzer/Kramer 2002a: 7; s.a. Technologie-Netzwerk Berlin e.V. 1997: 14).

Entscheidend ist also, dass die privatwirtschaftliche Initiative der Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe von Bürgern mit einer gemeinwirtschaftlichen Form der Gewinnverwendung unverzichtbar verknüpft ist. Dabei erfährt das Kriterium des „not-for-private-profit-distributing“ eine deutlich zurückhaltendere Auslegung als die Interpretation des „nondistribution constraint“ in der Dritt-Sektor-Forschung. Nach Birkhölzer und Kramer (2002a: 9) geht es dabei um „den Ausschluss bzw. die Beschränkung privater Gewinnaneignung (durch Eigentümer, Anleger etc.) und an deren Stelle die Bestimmung begünstigter Dritter (Personengruppen oder Gemeinwesen).“

Dabei stellt die Frage der Abgrenzung nicht nur ein rein akademisches Problem dar: Die Tatsache, dass Initiativen und Organisationen ohne Erwerbsabsicht zwar als wesentliche Akteure der Zivilgesellschaft Bestandteil des dritten Sektors sind, aus der Perspektive der Sozialwirtschaft aber nicht in den Blick geraten, ist nur ein Aspekt dieser Begriffsdiffusität. Die unterschiedlichen Begrifflichkeiten korrespondieren damit, dass sich ganze Kategorien von Akteuren entgegen den definitorischen Intentionen der Wissenschaft gar nicht angesprochen fühlen, wo sie dies eigentlich sollten, oder umgekehrt. So beharren bspw. manche Protagonisten des „Dritten Systems“ darauf, das (gegenwärtige) deutsche Genossenschaftswesen¹⁸ der „Sozialwirtschaft“ als ganz wesentlichen Bestandteil zuzuschlagen, obwohl Genossenschaften heute hierzulande de facto Bestandteil des „ganz normalen“ Profit-Sektors sind und in aller Regel

¹⁸ Zum Problem der Zuordnung von Genossenschaften zu „drittem Sektor“ bzw. „drittem System“ vgl. Zimmer/Priller (2004: 47ff) und – aus entgegengesetzter Perspektive – Birkhölzer/Kramer (2002: 15ff) .

auch Wert darauf legen, dies zu sein¹⁹. Dasselbe gilt im Prinzip für „Versicherungen auf Gegenseitigkeit“. Hingegen sehen sich die in hohem Maß politisch wie finanziell in das staatliche System der Leistungserbringung integrierten Wohlfahrtsorganisationen bzw. –verbände tendenziell eher als Bestandteil dieses staatlichen Wohlfahrtssystem, aus dem sie sich nicht ausgrenzen lassen wollen.

Schließlich wird die Abgrenzung von „nonprofit“- oder „not-for-private-profit“-Organisationen sowohl zu staatlichen als auch zu herkömmlichen Wirtschaftsunternehmen durch neuere Entwicklungen eher schwieriger: So zum Beispiel die Tendenz, dass Organisationen des dritten Sektors Teilbereiche verselbständigen, die profitorientiert auf dem Markt als Anbieter von Dienstleistungen auftreten (z. B. Fortbildungseinrichtungen, Akademien aber auch andere auf dem Markt erfolgreiche Bereiche), dass andererseits ehemals „öffentliche“ Betriebe (wie Museen, Theater, Bibliotheken usw.) privatisiert werden und Leistungen zu nicht mehr öffentlich subventionierten Preisen erbringen, die möglichst vollständig von den Kunden erbracht werden sollen oder schließlich soziale Dienstleistungen, die zunehmend von gewerblichen Anbietern „kunden- und marktorientiert“ angeboten werden.

Insgesamt tragen diese Entwicklungen, die mit ihnen einhergehenden Abgrenzungsprobleme bzw. die Zersplitterung des gesamten Bereichs in unterschiedliche „Milieus“ ebenso wie der insgesamt immer noch defizitäre Kenntnisstand erheblich dazu bei, dass sich die Akteure nicht in ausreichendem Maße als Teil eines Ganzen - des „Dritten Sektors“ oder auch der „Sozialwirtschaft“ – begreifen. Der ganze Bereich wird sowohl von außen als auch – was gravierender erscheint - von innen nur partiell und in einzelne Teile zersplittert wahrgenommen (wie den sozialen Diensten, dem Sport der Kultur usw.). Den Akteuren des dritten Sektors fehlt es an einem „Sektorbewusstsein“ (Priller/Zimmer 2001a: 10). Aus diesem Grund konnte er auch noch keine politische Kraft entwickeln, die er dringend nötig hätte – im eigenen Interesse und damit gleichzeitig im gesellschaftlichen Interesse (vgl. Priller/Zimmer 2001a: 10; Bomheuer 2001):

„Unter den Wirtschaftsverbänden finden bei aller Unterschiedlichkeit der Klientel und Zielsetzungen regelmäßige Abstimmungen zwischen Industrie-, Arbeitgeber, Finanz- oder Handwerksverbänden statt. Noch nie haben sich dagegen die Bundesverbände des

¹⁹ Noch verwirrender wird die Zuordnungsproblematik beim Versuch einer länderübergreifenden Kategorisierung. Dazu sei nur auf das Beispiel der italienischen Sozialgenossenschaften verwiesen: Die italienische Gesetzgebung unterscheidet diesbezüglich zwischen einem Typ A, der explizit soziale Dienstleistungen erbringt und einem Typ B, der im Rahmen seiner ganz normalen Geschäftstätigkeit auf dem Markt gleichzeitig übergeordnete soziale Zielsetzungen, z.B. die Integration sozial Benachteiligter verfolgt.

Dritten Sektors wie der Deutsche Kulturrat, der Bundesverband der Deutschen Stiftungen, der Deutsche Naturschutzring oder die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zu einem intensiven Dialog zusammengefunden, obwohl sie an der entsprechenden Stelle der Abgabenordnung einträchtig mit ihren Zwecken und Zielen versammelt sind“ (Bomheuer 1999: 6)

Zumindest in der wissenschaftlichen Forschung scheint sich jedoch mittlerweile das Bewusstsein durchzusetzen, dass der zivilgesellschaftliche und der sozialökonomische Aspekt zusammengehören, womit sich eine gewisse Konvergenz der Sichtweisen anzudeuten scheint. (Birkhölzer/Kramer 2002b: 4). Aus dem terminologischen Disput zwischen den referierten Ansätzen lässt sich die „Lösung“ ableiten, die Perspektive des „Dritten Sektors“ als den umfassenderen Zugang anzusehen, der ökonomisch handelnde wie auch nicht ökonomisch aktive Organisationen umfasst, während der explizit ökonomisch handelnde Teil als "Drittes System", „Sozialwirtschaft“ oder "Soziale Ökonomie" zu bezeichnen wäre (vgl ebd.).

Und einerlei, welchem Konzept sie nun anhängen, welche Begrifflichkeit sie benutzen, praktisch alle einschlägigen Untersuchungen und Prognosen kamen während der Boom-Phase der Neuvermessung des dritten Sektors bzw. Systems in den späten 90ern übereinstimmend zu der Ansicht, dass das Beschäftigungspotential in diesem Bereich noch bei weitem nicht ausgeschöpft sei. Deshalb soll im folgenden noch die Frage nach den Arbeitsplätzen thematisiert werden.

II. Beschäftigungspotentiale „zwischen Markt und Staat“

Der folgende Überblick soll jenseits weitreichender Zukunftsprognosen, die angesichts der gegenwärtigen sozialstaatlichen Veränderungsdynamik ohnehin recht spekulativ ausfallen müssen, und jenseits fundamentaler demokratiethoretischer Debatten eine Ebene bescheidener angesiedelt werden: Es geht vorwiegend um die Frage nach dem aktuellen Beschäftigungspotential des „dritten Sektors“ sowie um die Art der daraus entstehenden Beschäftigungschancen.

Da ist zunächst die schlichte Frage nach der Quantität, also nach dem ökonomischen Potential bzw. dem Umfang der geschaffenen Arbeitsplätze. Und schließlich soll auch die Frage nach der Qualität der Arbeitsplätze sowie nach den konkreten Bereichen sozialwirtschaftlicher Aktivitäten kurz angerissen werden: Welche Art von Arbeitsplätzen wird in diesem Sektor ge-

schaffen? In welchen Bereichen liegt das empirisch bestätigte bzw. vermutete Beschäftigungspotential?

Immer noch „Terra incognita“

Will man sich einen halbwegs fundierten Überblick über die ökonomischen Parameter bzw. die arbeitsmarktpolitische Relevanz des „dritten Sektors“ bzw. der „Sozialwirtschaft“ verschaffen, so ist einem in Deutschland der „normale“ Weg („Man werfe ein paar Blicke in die amtlichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstatistiken!“) hier verwehrt. Sowohl der „dritte Sektor“ als auch „Drittes System“ oder „Sozialwirtschaft“ sind der amtlichen Statistik bislang unbekannt. Auch in der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wurde dieses Feld bisher kaum wahrgenommen²⁰: „There is very little knowledge about the nonprofit sector as a terrain for gainful employment, because labour market research has almost systematically neglected the topic of work in nonprofit organisations” (Zimmer/Priller 2001). Erst eine standardisierte Dauerbeobachtung brächte zuverlässige Daten über Entwicklungspotentiale und –trends. Insofern ist man auf aufwändige Studien, entweder in Form sekundärstatistischer Analysen aus dem Datenmaterial der amtlichen Statistik sowie ausgewählter Organisationen (wie in der ersten Phase des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts) oder aber anhand gesonderter Erhebungen in der Form von Organisationsbefragungen (so bei Betzelt/Bauer 2000; Zimmer/Priller 2004) angewiesen.

Somit kann auch der folgende Überblick nur den Anspruch erheben, anhand einiger schlaglichtartig ausgewählter Ergebnisse aus den vorhandenen Studien zumindest einige Trends abzubilden bzw. auf einige sich daraus ergebende Fragestellungen oder Problembereiche hinzuweisen.

Denn trotz der genannten – und einiger weiterer - Versuche²¹ ist die Datenlage weiterhin höchst unbefriedigend (Priller/Zimmer 2001a: 9f). Die vorhandenen Datenbestände liefern allesamt bestenfalls Näherungswerte, die im Grunde nur darüber Auskunft geben, in welche Richtung weiter geforscht werden müsste. Birkhölzer und Kramer (2002: 11) resümieren ihre Sichtung der vorhandenen Studien und Beispielsammlungen mit der Feststellung, „dass uns eine Sekundäranalyse bzw. ein Vergleich der vorhandenen Datenbestände wenig weiterhelfen

²⁰ Eine Ausnahme bildet der IAB Kurzbericht Nr. 18 vom 20.8.2002 (Bundesanstalt für Arbeit 2002), auf den im Folgenden gelegentlich Bezug genommen wird.

²¹ Zu nennen ist hier vor allem das Projekt „The Enterprises and Organisations of the Third System in the European Union“ des „Centre International de Recherches et d’Information sur l’Economie Publique, Sociale et Coopérative“ („CIRIEC“; vgl. CIRIEC 2000)

würde, da sie von höchst unterschiedlichen Bestimmungen des Forschungsgegenstands ausgehen“. So lautete denn das wenig ermutigende Fazit ihrer Recherchen: „... eine zufriedenstellende oder auch nur halbwegs gesicherte quantitative Analyse zum Umfang und zur Struktur des ‚Dritten Sektors‘ und seiner Sozialen Unternehmungen ist z.Zt. nicht möglich“ (ebd.).

Hinzu kommt die zwangsläufige Trägheit wissenschaftlicher Datenerhebungs- und Auswertungsprozeduren: Die Wissenschaft kann mit ihren Datenlieferungen angesichts der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Umwälzungen der letzten Jahre, gipfelnd im „Hartz“-Aktionismus der gegenwärtigen Bundesregierung, mit dem Tempo der Umgestaltungen nicht Schritt halten. Und schließlich ist der „Reform“-Prozess in vollem Gange und wird auf absehbare Zeit – spätestens wenn sich die arbeitsmarktpolitische Unwirksamkeit neoliberaler Aktivierungskonzepte („Aktivierung durch Hilfeentzug“) erwiesen haben wird – auch nach dem eben beschlossenen „Hartz IV“ noch forciert werden.

Insofern bieten im Grunde alle Veröffentlichungen, auf die - mangels Alternative - im folgenden Überblick Bezug genommen werden muss, veraltetes Material. So wurden die Daten der Studie von Sigrid Betzelt und Rudolph Bauer (2000; vgl. weiter unten) im Jahr 1998 erhoben. Auch neuere und neueste einschlägige Veröffentlichungen zum Arbeitsmarktpotential des Sektors (Priller/Zimmer 2001a, Zimmer/Priller 2004) beziehen sich auf Datenmaterial, das ausschließlich aus den 90er Jahren stammt. So greifen Zimmer/Priller in ihrer neuesten Veröffentlichung von 2004 einerseits nach wie vor auf die makrostrukturellen Daten aus dem „John-Hopkins-Comparative“-Projekt zurück, die bis Mitte der 90er Jahre erhoben wurden, andererseits ergänzen und aktualisieren sie diese Ergebnisse mit Daten aus einer Organisationserhebung („Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“), die in der ersten Jahreshälfte 1998 durchgeführt wurde.

Daneben existieren einige Untersuchungen bezüglich ausgewählter Organisationen oder Kommunen (Anastasiadis u.a. 2003, Bomheuer 2001, Glowka 2000, Zimmermann 2000). Diese beschränken sich jedoch zwangsläufig weitgehend auf qualitative Analysen auf der Basis von Fallstudien, die naturgemäß zwar interessante Einblicke in Rahmenbedingungen, Entwicklungspotentiale und -probleme von sozialwirtschaftlichen bzw. Dritt-Sektor-Organisationen bieten, aber natürlich keine auf der Makroebene verallgemeinerbaren Ergebnisse.

Dabei ist es offensichtlich, dass gerade der „dritte“ oder „sozialwirtschaftliche“ Sektor, der gewissermaßen am Wirkungsbrennpunkt der aktuellen arbeitsmarktpolitischen „Reformen“

angesiedelt ist, von diesen heftig in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist unschwer festzustellen, dass zahlreiche einschlägige Organisationen oder Unternehmen des dritten Sektors in den letzten Jahren bereits in heftige Turbulenzen geraten sind.

Der deutsche dritte Sektor in der Totale – Ökonomische Bedeutung und Arbeitsmarktpotential im Überblick

Es bleibt aber das Verdienst des „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“, die weltweite Bedeutung des „dritten Sektors“ als beachtlichen Wirtschaftsfaktor empirisch belegt zu haben. Noch immer zehren wissenschaftliche wie außerwissenschaftliche Debatten von den Ergebnissen des ersten international vergleichenden Projekts, obwohl diese zum größten Teil bereits bis zur Mitte der 90er Jahre ermittelt wurden. Bis dahin bewegten sich die weitgehend von den USA ausgehenden politischen wie sozialwissenschaftlichen Theorien über den Sektor weitgehend auf spekulativem Terrain; erst das „John-Hopkins-Comparative-Project“ hat den Theorien die empirische Datenbasis geliefert²² - eine Basis allerdings, deren Betrachtung zuallererst den Bedarf an aktualisierten Daten signalisiert.

Auf der Basis von 26 einbezogenen Ländern²³ ist der dritte Sektor Mitte der 90er Jahre²⁴ durch folgende Parameter gekennzeichnet: Der Sektor ist weltweit ein beachtlicher wirtschaftlicher Faktor, dessen Bedeutung in allen untersuchten Ländern in den 90er Jahren deutlich zugenommen hat. Der Umsatz dieses "Wirtschaftszweigs" betrug in der Summe der 26 Länder 1,2 Billionen US-Dollar - mehr als beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt Kanadas oder Spaniens. Der internationale Vergleich macht insbesondere die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Sektors deutlich. In den 26 Projektländern waren (in Vollzeit-Äquivalenten) 19,7 Millionen Menschen in regulären Arbeitsverhältnissen („paid workers“) im dritten Sektor beschäftigt. Dazu kommen noch einmal 11,3 Millionen Vollzeit-Äquivalente in ehrenamtlicher Beschäftigung. Diese insgesamt hochgerechneten rund 31 Millionen Vollzeit-

²² Das Projekt wird vom „Center for Civil Society Studies“ an der John-Hopkins-University in Baltimore (USA) koordiniert und fand seit 1990 unter Leitung von Lester M. Salamon und (zunächst) Helmut K. Anheier statt. Das Projekt dient der Zielsetzung, weltweit einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung des Dritten Sektors vor allem in quantitativer Hinsicht zu leisten, womit die Diskussion über die Chancen und Potentiale des Sektors auf eine gesicherte empirische Grundlage gestellt werden soll. Im Rahmen des Johns Hopkins Projektes wird der Dritte Sektor in ausgewählten Ländern sowohl quantitativ in seiner ökonomischen Struktur erfasst als auch qualitativ in seinen historischen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen analysiert. In der ersten Projektphase (1990 – 1995) waren sieben Industrie- sowie fünf Entwicklungsländer am Johns Hopkins Projekt beteiligt, in der zweiten Phase (1995 – 2000) konnte der Kreis der Projektteilnehmer auf 26 Länder erheblich erweitert werden. In der aktuellen Phase soll eine weitere Ausdehnung auf 36 Länder stattfinden (vgl. Salamon u.a. 2003; Informationen zum Projekt einschließlich Ergebnissen finden sich auf: <http://www.jhu.edu/~ccss/>).

²³ Darunter alle „führenden“ westlichen Industrienationen; insgesamt 12 westeuropäische, fünf („früher“) osteuropäische und fünf Lateinamerikanische Länder, daneben die USA, Japan, Israel und Australien.

²⁴ Dabei beziehen sich die Daten zum größten Teil auf 1995, in einigen Ländern wurden Daten aus anderen Jahren (zwischen 1991 und 1998) herangezogen.

Beschäftigungsverhältnisse stellten einen Anteil von 6,8 % der „nonagricultural workforce“ in den beteiligten Ländern dar, die bezahlte Erwerbsarbeit macht 4,4 % an der Gesamtbeschäftigung in den untersuchten Ländern aus. Dabei stellen die traditionellen Bereiche „Gesundheit“, „Erziehung/Bildung“ und „Soziale Dienste“ zusammen ziemlich genau zwei Drittel der regulären Beschäftigungsverhältnisse. Während in drei untersuchten Ländern (Niederlande, Irland und Belgien) der Anteil der regulär Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung des jeweiligen Landes bei über 10 % lag, nahm die Bundesrepublik mit 4,93 % gemeinsam mit Frankreich den achten Platz ein (John Hopkins University 2000: 5).

Diese knapp fünf Prozent Anteil an der Gesamtbeschäftigung (ohne Landwirtschaft) im Jahr 1995 sind gleichbedeutend mit 2,1 Millionen beschäftigten Personen, also einschließlich Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente²⁵ ergibt dies über 1,44 Millionen Vollzeitarbeitsplätze (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Beschäftigte im deutschen Nonprofit-Sektor 1990 (früheres Bundesgebiet) und 1995 (Deutschland insgesamt)

	1990 (nur alte Länder)	1995 (Deutschland insgesamt)
Beschäftigte im Nonprofit-Sektor insgesamt (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig)	1.300.000	2.100.000
Beschäftigung In Vollzeitäquivalenten	1.017.945	1.440.350
Beschäftigung In Vollzeitäquivalenten in % der Gesamtwirtschaft	3,74 %	4,93 %

Quelle: „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“, hier zit. n. Priller/Zimmer 2001a: 17

Der beträchtliche Anstieg in Deutschland zwischen 1990 und 1995 ist offenbar zum großen Teil - wenn auch nicht ausschließlich – auf den Neuaufbau in den neuen Ländern bzw. die Übertragung westdeutscher Strukturen auf Ostdeutschland zurückzuführen. So errechnen Priller/Zimmer (2001a: 17) unter Einbeziehung der neuen Länder einen Anstieg der Anzahl der Beschäftigten von 1990 (=100 %) bis 1995 auf 162 %; in den alten Ländern allein waren dies lediglich (oder immerhin) 125 %.

Besonders eindrucksvoll gestaltet sich das Wachstum des „Nonprofit-“ oder „dritten Sektors“, wenn man dessen Entwicklung in den vorangegangenen Jahrzehnten betrachtet. Verglichen mit der (privaten) Erwerbswirtschaft und dem öffentlichen Sektor hat der dritte Sektor ausge-

²⁵ Dabei dürfte auch hier gelten, was von der Europäischen Kommission (2000: 9) mit Bezug auf die CIRIEC-Studie festgestellt wurde: „Darüber hinaus sind die von diesen Organisationen angebotenen Arbeitsplätze häufig atypischer Art, wodurch sich Schätzungen in Vollzeitäquivalenten schwierig gestalten.“

hend vom Basisjahr 1960 (=100 %) bis 1995 nur in den alten Ländern eine Steigerung auf 373 % zu verzeichnen, der öffentliche Sektor kommt auf 201 % während der private Sektor im großen und ganzen stagniert (98 %; vgl. Tabelle 2). Wie aus der folgenden Tabelle auch zu entnehmen ist, sind im dritten Sektor zwischen 1990 und 1995 mehr Arbeitsplätze entstanden, als in diesem Zeitraum im öffentlichen Sektor abgebaut wurden.

Tabelle 2: Beschäftigtenzahl und prozentuales Beschäftigungswachstum 1960 - 1995

	Erwerbswirtschaft		Öffentlicher Sektor		Nonprofit-Sektor	
	Beschäftigte	Veränderung zu 1960 in %	Beschäftigte	Veränderung zu 1960 in %	Beschäftigte	Veränderung zu 1960 in %
1960	23.201.000	100	2.098.000	100	383.000	100
1970	22.937.000	99	2.978.000	142	529.000	138
1980	22.126.000	95	3.929.000	187	925.000	242
1990	22.864.000	99	4.303.000	205	1.256.000	328
1995	22.754.000	98	4.225.000	201	1.430.000	373

Quelle: „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“, hier zit. n. Zimmer/ Priller 2004: 55

Gegenüber dem seit Jahrzehnten stagnierenden Beschäftigungsniveau des privaten Erwerbssektors weist der dritte Sektor somit überaus beachtliche Steigerungsraten auf; allerdings in absoluten Zahlen natürlich auf vergleichsweise sehr geringem Niveau, was die großen Wunschbilder von einer Rettung der Arbeitsgesellschaft durch den dritten Sektor zumindest bis auf weiteres in einem differenzierteren Licht erscheinen lässt.

Dennoch ist der lange Zeit quasi unsichtbare dritte Sektor im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem bedeutenden Faktor der Volkswirtschaft geworden. Die gesamten Ausgaben der knapp 420.000 Organisationen²⁶ des „dritten Sektors“ in Höhe von 135 Milliarden DM entsprachen 1995 etwa 3,9 % des Bruttosozialprodukts (Zimmer/Priller 2004: 54). Als „Arbeitgeber“ erreichte der dritte Sektor mit 4,9 % im Jahr 1995 dasselbe Beschäftigungsvolumen wie der gesamte Transportsektor und ließ andere „Branchen“ wie die Druck-, Textil- oder chemische Industrie weit hinter sich (Priller u.a. 1999b: 99ff). So beschäftigten allein die Wohlfahrtsverbände als tragender Kernbereich des dritten Sektors zusammengenommen schon 1995 mit 1,28 Millionen Personen mehr Menschen als der Maschinenbau (1,04 Millionen) und fast doppelt so viele wie die Kfz-Branche mit 0,69 Millionen (Zimmer/Nährlich 2003: 75f). Und schließlich waren bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die beiden größten Wohlfahrts-

²⁶ Die Zahl der Mitglieder wurde auf 41,2 Millionen geschätzt.

verbände – das Diakonische Werk und der Caritasverband – mit jeweils annähernd 450.000 Beschäftigten²⁷ die größten Arbeitgeber Deutschlands, noch vor den beiden damals größten deutschen Konzernen Siemens und Daimler Benz AG (379.000 bzw. 290.000 Beschäftigte, davon aber jeweils ein großer Teil im Ausland; ebd.).

Den allgemeinen Zuwachs an Arbeitsplätzen im Nonprofit-Sektor erklären Zimmer/Priller (2004: 56) – weitgehend tautologisch – mit der „Ausweitung des Bedarfs an Dienstleistungen“. Die eigentlich zu beantwortende Frage dahinter ist aber diejenige nach den Gründen dieses erhöhten Dienstleistungsbedarfs. Hierzu kann neben den die Nachfrage nach Betreuungs- und Pflegeangeboten erhöhenden demographischen Entwicklungen (ebd.) zum einen auf die – die Nachfrage nach sozialen Diensten steigernde - Zuspitzung sozialer Probleme angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Problemlagen verwiesen werden. Zum anderen gilt der Trend zur „individualisierten“ Freizeitgesellschaft als eine Art Katalysator für den dritten Sektor. Der im Verlauf der letzten Jahrzehnte stetige Zuwachs an Freizeit einerseits, die Zunahme individueller Handlungsressourcen und –optionen für breite Bevölkerungsschichten andererseits, gepaart mit dem für prosperierende und säkularisierte Gesellschaften typischen Phänomen der individuellen oder kollektiven Sinnsuche – und dies alles vor dem Hintergrund vielfältiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse – begünstigen sowohl die Entstehung „neuer“ Formen gesellschaftlichen Engagements als auch neuer oder erweiterter Nachfragepotentiale nach den Angeboten von Dritt-Sektor-Organisationen.

Hinzu kommen die strukturellen Besonderheiten von „Nonprofit“-Organisationen (ebd.): Sie müssen im Gegensatz zu privatkapitalistischen Unternehmen – und trotz eindeutiger Tendenzen zu „Effizienzorientierung“ und Kommerzialisierung – (noch) nicht im selben Ausmaß profitorientiert arbeiten und sind deshalb einem geringeren Rationalisierungsdruck ausgesetzt. Die vorrangig erstellten persönlichen Dienstleistungen sind zudem nur bedingt rationalisierungsfähig. Zudem sind Dritt-Sektor-Organisationen in ihrer großen Mehrheit durch einen Finanzierungsmix aus Beiträgen, Spenden, staatlicher Förderung, Sozialversicherungsleistungen wie auch Freiwilligenarbeit gekennzeichnet, was deren Krisenanfälligkeit vermindert, zumindest solange sie nicht im weit überwiegenden Ausmaß an einem einzigen „Tropf“ hängen. All dies trug sicherlich weitestgehend zum imponierenden Anstieg des Beschäftigungs-

²⁷ Mittlerweile sind diese Zahlen nochmals deutlich angestiegen: Der Deutsche Caritasverband zählte zum 1. Januar 2003 insgesamt 499.313 hauptberufliche MitarbeiterInnen (ohne AbsolventInnen des Freiwilligen sozialen Jahres, Zivildienst Leistende, Auszubildende, SchülerInnen, PraktikantInnen sowie Honorarkräfte); Quelle: <http://www.caritas.de/2246.html>; Zugriff: 29.6.04

potentials des dritten Sektors in den entwickelten Industrienationen wie auch in Deutschland bei, wie er vom „John-Hopkins-Comparative-Project“ eindrucksvoll belegt wurde.

Im Rahmen dieses Projektes wurden die Daten zum Beschäftigungsvolumen des „Nonprofit-Sektors“ entsprechend der weiter oben geschilderten Definition errechnet, die am ehesten der Kategorie der „Organisationen ohne Erwerbszweck“ aus der früheren amtlichen Statistik entspricht. Gewerbliche Unternehmen, auch solche, die nach Birkhölzer/Kramer (2002a) das Attribut „sozial“ verdienen, waren dabei ausgeschlossen. Die einzige größere Studie, die seither – gleichsam als „europäische Gegenprobe“ (Birkhölzer/Kramer 2002a: 12) zum „John-Hopkins-Comparative“-Projekt ebenfalls eine hochgerechnete Abschätzung des gesamten Beschäftigungspotentials versuchte, war die CIRIEC-Studie „The Enterprises and Organisations of the Third System in the European Union“ (CIRIEC 2000). Freilich stellte CIRIEC, orientiert am Konzept des „dritten Systems“, das Kriterium des erwerbswirtschaftlichen Handelns, d.h. die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, in den Mittelpunkt und relativierte zugleich das „Non Profit“-Kriterium, wobei als Abgrenzung lediglich die Zugehörigkeit zu den – weiter oben genannten – vier europäischen Säulen der „Sozialen Ökonomie“ herangezogen wurde. Damit werden – im Gegensatz zum „John-Hopkins-Comparative-Project“ - Genossenschaften und einige weitere formal nicht gemeinnützige Organisationen als „soziale Unternehmen“ berücksichtigt.

Für Deutschland kam die CIRIEC-Studie Mitte der 90er Jahre hinsichtlich des Arbeitsplatzpotentials, trotz dieser unterschiedlichen Herangehensweisen, mit ca. 1,47 Millionen Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) im Bereich der „associations“ zu ähnlichen Größenordnungen wie das „John-Hopkins-Comparative“-Projekt (vgl. Birkhölzer/Kramer 2002: 12). Unter Berücksichtigung der übrigen „sozialwirtschaftlichen“ Organisationen (v.a. Genossenschaften, und „Mutualités“) errechnet sich für die CIRIEC-Studie ein Beschäftigungspotential von rund 2 Millionen Arbeitsplätzen; anhand einiger kleinerer Korrekturen aufgrund eigener Erhebungen im Bereich der Selbsthilfeunternehmen wie der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften kommen Birkhölzer und Kramer (ebd.) auf eine Größenordnung von etwa 2,2 Millionen Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten). Aus ihrer Perspektive der Sozialwirtschaft im engeren Sinne, also der explizit ökonomisch tätigen „sozialen Unternehmen“, schätzen die Autoren – „selbst wenn wir unterstellen, dass etwa die Hälfte dieser Arbeitsplätze auf Mischformen zwischen dem Dritten und dem Ersten bzw. dem Zweiten Sektor entfallen“ (ebd.) -, dass von diesen 2,2 Millionen etwa 1 Million Arbeitsplätze in „echten Sozialen Unternehmen“ übrig bleiben.

Zur Binnendifferenzierung des dritten Sektors

Wenn die Binnendifferenzierung des dritten Sektors hinsichtlich seiner Beschäftigungspotentiale in den Blick genommen werden soll, so stehen auch hier wiederum die Daten des „John-Hopkins-Comparative-Project“ relativ konkurrenzlos da. Ebenso sticht auch hier das nicht mehr ganz frische Datum der Bestandsaufnahme ins Auge.

Tabelle 3: Beschäftigung im Nonprofit-Sektor 1990 und 1995 (Basis Vollzeitäquivalente)

Bereich	1990		1995		Veränderung Beschäftigte 1990 – 1995 (in %)
	Beschäftigte	Anteil am NPO-Sektor (in %)	Beschäftigte	Anteil am NPO-Sektor (in %)	
Soziale Dienste	328.700	32,3	559.500	38,8	70,2
Gesundheitswesen	364.100	35,8	441.000	30,6	21,3
Bildung und Forschung	131.450	12,9	168.000	11,7	27,8
Wohnungswesen und Beschäftigung	60.600	5,9	87.850	6,1	45,0
Kultur und Erholung	64.350	6,3	77.350	5,4	20,2
Wirtschafts- und Berufsverbände	44.800	4,4	55.800	3,9	24,5
Bürger- und Verbraucherinteressen	13.700	1,3	23.700	1,6	73,3
Umwelt- und Naturschutz	2.500	0,2	12.000	0,8	387,4
Internationale Aktivitäten	5.100	0,5	9.750	0,7	89,8
Stiftungen	2.700	0,3	5.400	0,4	101,0
Insgesamt	1.018.000	100	1.440.350	100	41,5

Quelle: „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“,
hier zit. n. Zimmer/Priller 2001a: 215

Der dritte Sektor in Deutschland wird damit hinsichtlich seines Beschäftigungspotentials eindeutig von den „klassischen“ Bereichen Soziale Dienste, Gesundheitswesen²⁸ und – in deutlich geringerem Umfang - Bildung und Forschung dominiert. Sie stellten sowohl 1990 als auch 1995 mit zusammen jeweils über 80 % den Löwenanteil an Arbeitsplätzen. Die deutliche Zunahme des Beschäftigungsvolumens im Bereich der sozialen Dienste zwischen 1990 und 1995 erklären Zimmer/Priller (2004: 58) wiederum mit dem transformationsbedingten gesellschaftlichen Umbau und der Zunahme sozialer Problemlagen in Ostdeutschland sowie mit der zunehmenden Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen. Der relative Rückgang im Gesundheitswesen wird als Folge der Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen (Gesund-

²⁸ Wobei hier zu beachten ist, dass die im Rahmen des „John Hopkins Comparative Project“ miteinbezogenen nicht-staatlichen Krankenhäuser hier einen Löwenanteil stellen.

heitsreformgesetz) in den 90er Jahren sowie des höheren Anteils öffentlicher Trägerschaften im Gesundheitswesen der neuen Länder interpretiert.

Beachtlich ist die Zunahme der Beschäftigung in den relativ neuen Tätigkeitsfeldern „Umwelt- und Naturschutz“, „Internationale Aktivitäten“ und „Stiftungen“. Zwar stellen diese Bereiche absolut 1995 mit gerade einmal gut 27.000 Arbeitsplätzen noch eine relativ unbedeutende Größe dar. Nicht zuletzt auf diese Bereiche werden allerdings große Hoffnungen für die künftige Entwicklung des dritten Sektors bzw. der Sozialwirtschaft projiziert.

Im internationalen Vergleich sind vorerst aber vor allem die sozialen Dienste und das Gesundheitswesen deutlich überrepräsentiert: Auf der Vergleichsebene der westeuropäischen Länder bestreiten die sozialen Dienste lediglich 27 % des gesamten Beschäftigungsvolumens des dritten Sektors, die Organisationen des Gesundheitswesens knapp 22 %. Im Durchschnitt aller vom „John-Hopkins-Comparative-Project“ untersuchten Länder liegen die jeweiligen Anteile noch einmal niedriger (vgl. Tabelle 4). Deutlich weniger als im internationalen Durchschnitt tragen in Deutschland die Bereiche Bildung/Forschung und Kultur/Erholung zum Beschäftigungsvolumen des Gesamtsektors bei.

Tabelle 4: Zusammensetzung des Nonprofit-Sektors hinsichtlich Beschäftigungspotential 1995 im Vergleich

Bereich	Anteil an der Gesamtbeschäftigung des „dritten Sektors“ 1995		
	Deutschland	Westeuropäischer Durchschnitt*	Durchschnitt aller untersuchten Länder
Soziale Dienste	38,8	27,0	18,3
Gesundheitswesen	30,6	21,9	19,6
Bildung und Forschung	11,7	28,1	30,2
Wohnungswesen und Beschäftigung	6,1	5,5	5,8
Kultur und Erholung	5,4	10,1	14,4
Andere	7,4	7,4	11,7

* alle vom „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“ einbezogenen westeuropäischen Länder (vgl. John Hopkins University 2000)

Quelle: „John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“, hier zit. n. Priller/Zimmer 2001a: 25

Die von Sigrid Betzelt und Rudolph Bauer (2000) im Rahmen des transnationalen Projekts „New Employment Opportunities in the Third Sector“ (NETS) im Jahr 1998 durchgeführte Stichprobenerhebung zur Erwerbsarbeit im dritten Sektor kommt der Tendenz nach auf ähnliche Relationen. Die AutorInnen beziehen sich dabei - ähnlich wie das „John-Hopkins-

Comparative“-Projekt auf „Non Profit-Organisationen“, richten ihr Forschungsinteresse aber in erster Linie auf deren erwerbswirtschaftliches Handeln bzw. die Entstehung und Entwicklung von Erwerbsarbeitsplätzen. Sie kommen aufgrund ihrer – freilich recht kleinen und statistisch nicht repräsentativen – Stichprobe von 243 befragten Organisationen zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Drittel aller Erwerbsarbeitsplätze im „klassischen Wohlfahrtsbereich“ des Sozial- und des Gesundheitswesens zu finden sind. In ihrer etwas abweichenden Kategorisierung verorten sie allerdings knapp 32 % der „Dritt-Sektor“-Organisationen im „Sozialbereich“, gut 17 % im Bereich „Erziehung und Bildung“ und nur 10 % im Gesundheitswesen; diese – vergleichen mit dem „John Hopkins Comparative Project“ - geringe Zahl resultiert daraus, dass hier gemeinnützige Krankenhäuser nicht einbezogen wurden. Weitere 30 % werden dem Bereich „Kultur und Freizeit“, gut 11 % dem Bereich „Bürgerrechte und Interessenvertretung“ zugeordnet (ebd.: 17f).

Doch wie nun auch die – schon aufgrund des ungelösten Problems der Verständigung auf eine gemeinsam akzeptierte Grundgesamtheit nicht vergleichbaren – Versuche der Binnendifferenzierung des „dritten Sektors“ im Detail ausfallen: In der Tendenz der Ergebnisse widerspiegelt sich stets die spezifisch deutsche Variante des institutionalisierten Subsidiaritätsprinzips, die im Bereich der sozialen Dienste und im Gesundheitswesen durch die kooperativen Beziehungen zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden zum Ausdruck kommt, in allen anderen Bereichen aber nur gering ausgeprägt ist (vgl. Priller/Zimmer 2001a: 27). Das hohe Beschäftigungspotenzial der erstgenannten Bereiche entspringt der „dualen Struktur“ des deutschen Wohlfahrtspflegesystems, „die die Bestandssicherung und Eigenständigkeit der freien Träger bei gleichzeitiger Förderverpflichtung und Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger gesetzlich garantiert“ (Zimmer/Priller 2004: 57). Im Gegensatz dazu zählt die Unterstützung von Nonprofit-Organisationen in den anderen Bereichen nicht zu den Pflichtaufgaben.

Schon diese Übersicht verweist auf die Tatsache, dass der staatlichen Unterstützung eine wesentliche Rolle für die Beschäftigungsrelevanz des dritten Sektor zukommt. Mehr als zwei Drittel der Erwerbsarbeitsplätze und knapp zwei Drittel der Ausgaben im gesamten Sektor entfallen auf die sozialen Dienste und das Gesundheitswesen. Gerade diese Bereiche zeichnen sich – neben dem Bereich Bildung und Forschung – durch einen überaus großen Anteil staatlicher Finanzierung aus: So lag der Anteil der „öffentlichen Hand“ an den Einnahmen der Organisationen im Bereich Gesundheitswesen 1995 bei 93,8 %, im Bereich der sozialen Dienste immerhin noch bei 65,5 %. Einen ähnlich hohen Staatsanteil hatte nur der Bereich „Bildung und Forschung“ aufzuweisen (75 % öffentliche Mittel; vgl. ebd.: 62).

Allerdings zeigen die Ergebnisse des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts die große „Staatsnähe“ des gesamten „dritten Sektors“ in Deutschland auf: Insgesamt finanzieren sich die Organisationen und Unternehmen des „dritten Sektors“ zu 64,3 % aus öffentlichen Mitteln (worunter hier auch die Zuweisungen und Leistungsentgelte der Sozialversicherungen gefasst werden), zu 32,3 % aus selbsterwirtschafteten Mitteln (einschließlich Gebühren sowie Mitgliedsbeiträgen) und zu lediglich 3,4 % aus Spenden und Sponsoring (ebd.: 61). Im Durchschnitt der mittlerweile untersuchten 26 Länder kommen die Autoren des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts hingegen auf einen Staatsanteil von nur knapp 39 %, auf einen Anteil der selbsterwirtschafteten Mittel von ca. 51 % und auf einen Spendenanteil von gut 10 % (John Hopkins University 2000: 9), in den westeuropäischen Ländern liegt der Staatsanteil allerdings immerhin bei knapp 56 %, der Anteil der Eigenmittel bei 37,2 % und der Spendenanteil bei etwa sieben Prozent (Priller/Zimmer 2001a: 30).

Die Frage nach der Qualität der Arbeit wird zwar gelegentlich aufgeworfen, auch widmen zahlreiche EU-Dokumente (vgl. exemplarisch: Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001 und 2003) seit einigen Jahren der Frage nach der Arbeitsplatzqualität unter dem Schlagwort „more an better jobs“ generell große Aufmerksamkeit und sie thematisieren die Qualitätsfrage auch in der Diskussion um das „dritte System“ (vgl. Europäisches Parlament 2000). Aber in Zeiten, in denen arbeitsmarktpolitische Diskussionen nur noch nach der Devise „Hauptsache Arbeitsplätze – um welchen Preis auch immer!“ geführt wird, gerät die Qualität der Arbeitsplätze, die ja immer in erster Linie mit Arbeitnehmerrechten zu tun hat, leicht aus dem Blick.

Zu den wichtigsten Indikatoren für die Qualität der Arbeitsplätze im weitesten Sinne können die Arbeitszeiten, Tätigkeits- und Qualifikationsniveaus, der Grad der Selbstbestimmung, die Partizipationschancen, der Zugang zu Weiterqualifizierung, der Arbeitsschutz, die Arbeitszufriedenheit, natürlich das Lohnniveau und nicht zuletzt die Frage der Geschlechtergleichstellung gezählt werden. Leider liegen für die meisten dieser Aspekte keinerlei aussagekräftige repräsentative Daten für den dritten Sektor vor.

Einige interessante Details, die einer genaueren Untersuchung harren, lassen sich den vorliegenden Studien entnehmen: So erwähnen Bellmann u.a. (2002: 4) im Zusammenhang mit dem IAB-Betriebspanel für das Jahr 2000 einen Brutto-Durchschnittslohn im dritten Sektor von 3.363 DM im Osten und von 4.391 DM im Westen Deutschlands (auf der Basis von Vollzeitäquivalenten). Obwohl diese Summen um gut 300 DM (ost) bzw. knapp 450 DM

(west) unterhalb des Durchschnitts aller Branchen liegt, erscheint dieses Ergebnis den Autoren selbst aufgrund von Fallstudien und Expertengesprächen ziemlich fragwürdig. Sie bringen dieses Ergebnis zwar in Zusammenhang mit dem - leider nur erwähnten und nicht erläuterten - überdurchschnittlichen Qualifikationsniveau in Dritt-Sektor-Betrieben und betonen die Notwendigkeit, dies weiter zu untersuchen. Bellmann u.a. (ebd.: 3) konstatieren auch ein weit überdurchschnittliches Weiterbildungsengagement in Organisationen des dritten Sektors, wo 55 % (west) bzw. 57 % (ost) – und damit jeweils rund 20% mehr als in allen Betrieben – Fort- und Weiterbildung förderten. Im Widerspruch dazu kommen Betzelt/Bauer (2000: 46) im Rahmen ihrer Organisationsbefragung zu dem Ergebnis, dass die befragten Organisationen einen überraschend geringen Bedarf an Fortbildung bzw. Qualifizierung, zumindest hinsichtlich organisationsintern bedeutsamer Fachkenntnisse sehen. Ein weiteres Ergebnis derselben AutorInnen überrascht besonders, wenn man sich daran erinnert, dass doch das Prinzip der „gleichen Rechte für alle“ bzw. die „kooperative“ Basis innerhalb sozialer Unternehmen an anderer Stelle geradezu zu einem konstitutiven Definitionsmerkmal sozialer Unternehmen erhoben wurde: Die im dritten Sektor praktizierten Formen der internen Mitbestimmung und Partizipation beschränkten sich nach Betzelt und Bauer im wesentlichen auf die gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Formen der Mitglieder- bzw. Gesellschafterversammlung. Alle übrigen Formen erweisen sich danach als von untergeordneter Bedeutung.

Um solche und zahlreiche andere offene Fragen zu klären und um die Berechtigung von Befürchtungen abschätzen zu können, im dritten Sektor könnten „bad jobs“ im großen Stil entstehen, der Sektor mithin zum „Billiglohnsektor“ degradiert werden, wären dringend Daten über zentrale Charakteristika der Arbeitsplätze nötig, die sich wiederum nur auf dem Wege aufwändiger Studien beschaffen ließen.

Die Art der Beschäftigungsverhältnisse

Relativ ausführlich thematisiert wird im Umfeld des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts lediglich die Frage der Arbeitszeitflexibilisierung in Nonprofit-Organisationen (Rückert-John 2000; Zimmer/Priller 2004), auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

Im Rahmen Organisationsbefragung „Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“ aus dem Jahr 1998 (vgl. zum folgenden: Rückert-John 2000; zum methodischen Vorgehen vgl. Zimmer/Priller 2004: 73ff) wird dabei zunächst ein Trend zur „Verberuflichung“ des dritten Sektors festgestellt, der in einem Anteil von 67 % der befragten Organisationen zum Ausdruck kommt, die „hauptamtlich Beschäftigte“ aufweisen können. Dies ent-

spricht weitgehend den Ergebnissen der NETS-Studie von Betzelt-Bauer, die einen Anteil von knapp 75% der Organisationen ermitteln, der als Arbeitgeber tätig wird. Allerdings ergeben sich beträchtliche Unterschiede nach den Tätigkeitsbereichen der Organisationen:

So können die im Gesundheitswesen tätigen Organisationen zu 100 % über hauptamtlich Beschäftigte verfügen, zu den Bereichen mit überdurchschnittlichen Anteilen an hauptamtlichem (bezahltem) Personal gehören daneben Bildung (92%), Internationale Aktivitäten (89%) und Wohnungswesen (88%). Bei den sozialen Diensten sind es noch gut 70%. Mehrheitlich ohne Hauptamtliche müssen oder wollen dagegen die Organisationen in den Bereichen Sport (42%), Freizeit (35%) und Stiftungen (42%) auskommen.

Insgesamt ergab die Organisationsbefragung einen Anteil von 46% Vollzeit-, 25 % Teilzeit- und sechs Prozent geringfügig Beschäftigten²⁹. Der Rest verteilt sich auf 10 % Honorartätigkeit sowie 13 % „sonstige“ Formen (worunter auch ABM-Beschäftigte mit einem Anteil von nur 3 % gezählt werden).

Tabelle 5: Beschäftigungsverhältnisse in Nonprofit-Organisationen 1996 (in Prozent)*

Tätigkeitsbereich	Vollzeit	Teilzeit	Geringfügig Beschäftigte	Honorartätigkeit	Sonstige
Wohnungswesen	77	12	8	2	1
Wirtschaftsverbände	75	23	1	1	0
Internationale Aktivitäten	63	22	3	4	8
Gesundheit	58	29	4	1	8
Soziale Dienste	47	29	7	4	13
Bürgerinitiativen	46	21	4	8	21
Bildung	43	20	3	26	8
Umwelt	39	17	10	6	28
Freizeit	39	13	6	31	11
Stiftungen	39	22	28	7	4
Kultur	21	12	12	34	21
Sport	9	4	13	69	5
Gesamt	46	25	6	10	13

* Datenbasis: Alle Organisationen mit hauptamtlich Beschäftigten;
Quelle: Rückert-John 2000, S. 39

Besonders hoch ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigung im dritten Sektor im Vergleich zur Gesamtwirtschaft: 25 % Teilzeitkräften im Nonprofit-Bereich stehen nur 11% in der Gesamt-

²⁹ Betzelt/Bauer (2000) kommen in ihrer nicht-repräsentativen Erhebung auf einen Anteil von 54% Vollzeit-, 26 % Teilzeit und gut 20 % „nebenamtlich und temporär“ Beschäftigte.

wirtschaft gegenüber. Die beiden beschäftigungsstärksten Bereiche der sozialen Dienste und des Gesundheitswesens beschäftigen mit jeweils knapp 30 % Anteil an allen hauptamtlichen MitarbeiterInnen auch die meisten Teilzeitkräfte. Neben diesem Befund verweisen auch die nicht zu vernachlässigenden Prozentwerte geringfügiger und temporärer Beschäftigung auf die Bedeutung flexibler Beschäftigungsverhältnisse im dritten Sektor.

Auffällig ist außerdem, dass vor allem die Organisationsbereiche, die überdurchschnittlich häufig mit bezahlten Mitarbeitern arbeiten bzw. zu den beschäftigungsintensiven Bereichen zählen, auch am seltensten mit tendenziell prekären Beschäftigungsverhältnissen aufwarten. Hingegen weisen Organisationen in den Bereichen Umwelt, Sport, Freizeit, Stiftungen und Kultur hohe Anteile bei der geringfügigen Beschäftigung, bei Honorartätigkeit und bei temporärer Beschäftigung auf. Insgesamt zeigt die Tabelle 5 aber auch, dass außer in den Bereichen Sport und Kultur Vollzeitarbeit überall die dominante Beschäftigungsform darstellt. Deutlich wird dabei allerdings, dass Teilzeitarbeit als flexible Beschäftigungsform neben der Normalarbeitszeit (Vollzeit) in den beschäftigungsintensiven Bereichen einen beachtlichen Stellenwert besitzt und offensichtlich bereits in den Normalitätsstatus aufgerückt ist (Rückert-John 2000: 43).

Auch im dritten Sektor sind Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung typische weibliche Domänen. Zunächst ist der Dritte Sektor insgesamt, dominiert von den weiblich geprägten Bereichen Gesundheit und soziale Dienste, durch einen sehr hohen Frauenanteil gekennzeichnet: Etwa zwei von drei Beschäftigten sind weiblich. Während Betzelt/Bauer (2000: 34) in ihrer Organisationsbefragung einen Frauenanteil von 69 % ermitteln und Bellmann u.a. (2002: 3) im IAB-Betriebspanel sogar auf 72 % kommen, ergab die Organisationserhebung „Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“ einen Anteil von 65 % weiblicher Beschäftigter. In Relation zu diesen 65 % sind Frauen hier in den Kategorien „Teilzeitarbeit“ mit 84 Prozent und „geringfügige Beschäftigung“ mit 72 Prozent stark überrepräsentiert, während in der Kategorie „Vollzeitbeschäftigung“ die Frauen auf einen Anteil von 62 Prozent kommen, was wenigstens annähernd ihrem Beschäftigungsanteil im Sektor insgesamt entspricht. Dagegen sind bei Honorartätigkeit und temporären (sonstigen) Beschäftigungsverhältnissen die Männer überdurchschnittlich stark vertreten. Mit der starken Dominanz der Frauen in der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung entsprechen die Relationen dem geschlechtsspezifischen Trend der Gesamtwirtschaft. Lediglich in den Frauendomänen Gesundheit und Soziale Dienste erreichen die weiblichen Beschäftigten einen überdurchschnittlichen Anteil an der Vollzeitbeschäftigung (vgl. Rückert-John 2000: 43f).

Obwohl keine repräsentativen Untersuchungen hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Funktionszuweisung bzw. Hierarchiebildung innerhalb der Dritt-Sektor-Organisationen vorliegen, deutet sich in vielen Ergebnissen doch der enttäuschende Befund an, dass die für die moderne kapitalistische Industriegesellschaft typische geschlechtsspezifische Aufgaben- und Rollenzuweisung an Männer und Frauen sich in den Organisationen und Betrieben des dritten Sektors reproduziert. Zimmer und Priller vermuteten schon 1997 (276): „Während die Männer in der Öffentlichkeit stehen und die Leitungs- und Führungsebenen der Organisation dominieren, sind die nachgeordneten Bereiche der Dienstleistungserstellung, der helfenden, pflegenden oder auch rein administrativen Tätigkeiten für die Frauen reserviert.“

Außerdem scheint sich bereits in diesen Daten aus dem Jahr 1998 ein deutlicher Trend hin zu mehr prekären und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen – für Frauen und für Männer - anzudeuten (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Erwartete Veränderungen in den Beschäftigungsverhältnissen des dritten Sektors in den folgenden fünf Jahren - Befragung von 1998 (Angaben in Prozent)

	Vollzeit	Teilzeit	Geringfügige Beschäftigung	Honorartätigkeit
Zunahme	22	66	48	61
Keine Veränderungen	25	18	41	29
Abnahme	53	16	12	10

Quelle: Rückert-John 2000, S. 47

Bereits 1998 – also unter gesamtwirtschaftlich wie sozialpolitisch deutlich günstigeren Vorzeichen als gegenwärtig – erwarteten mehr als die Hälfte aller befragten Organisationen einen Rückgang bei den Vollzeitarbeitsplätzen, jeweils eine Mehrheit rechnete mit einer Zunahme der übrigen Beschäftigungsformen. Besonders gravierend fallen die Prognosen im Gesundheitsbereich aus: hier erwarteten sogar 83 % einen Rückgang der Vollzeitbeschäftigung und nur drei Prozent rechneten diesbezüglich mit einer Zunahme (ebd.). Im Kulturbereich erwarteten immerhin 26% eine Zunahme der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Nun werden die „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ und die unter dem Stichwort der „Flexibilisierung“ gefassten Entwicklungen ja seit einiger Zeit allgemein als Grundtendenzen des Beschäftigungssystems herausgestellt. Inwieweit es sich dabei im Hinblick auf neue Arbeitszeitstandards – wie von den „Modernisierern“ gern ins Feld geführt – tatsächlich um den Ausdruck von „Zeitwohlstand“ und neuer Formen von „Zeitsouveränität“ handelt oder aber um die Verbreitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen, kann hier nicht diskutiert wer-

den. Es liegt aber auf der Hand, dass variable Arbeitszeiten oder Teilzeitarbeit im Zusammenhang mit höher qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen einen Gewinn für die Beschäftigten darstellen können; für gering qualifizierte Beschäftigte wird Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung aber meist mit Unsicherheit und Marginalisierung verbunden sein.

So resümiert auch Rückert-John hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in Nonprofit-Organisationen, es lasse sich ein klarer Trend hin zur Flexibilisierung erkennen und gibt zu bedenken:

„Eine Ausweitung von Teilzeitarbeit und eine Zunahme von Modellen der Arbeitszeitverkürzung – die sich als Zukunftstrends erkennen lassen – werden jedoch nur eine Akzeptanz bei den Beschäftigten erzielen und so Beschäftigungswirkungen zeitigen, wenn diese eine stärkere Gleichstellung und eine ausreichende soziale und rechtliche Absicherung erfahren. Nur so kann verhindert werden, dass bei einer Zunahme flexibler und prekärer Beschäftigungsverhältnisse der Dritte Sektor zum „Billiglohnsektor“ degradiert wird.“

Jobmaschine oder Strohfeuer?

Stellt man sich nun auf der Basis der verfügbaren Daten zum Umfang des gegenwärtigen und künftigen Beschäftigungsvolumens des „dritten Sektors“ die Frage, ob die Euphorie über die „Jobmaschine“ aufrecht zu erhalten ist oder ob es sich dabei doch eher um ein Strohfeuer handelt, so muss die Antwort zumindest zurückhaltend ausfallen. Viele engagierte Protagonisten des dritten Sektors bzw. der Sozialwirtschaft prognostizieren zwar weiterhin – nach wie vor unter Rückgriff auf die referierten Daten und weil nicht sein kann, was nicht sein darf – eine allseitige Bedeutungszunahme des Sektors, auch hinsichtlich des Beschäftigungspotentials. Einiges deutet aber daraufhin, dass die Erwartung des ungebremsten Wachstums des dritten Sektors ins Leere laufen könnte, zumindest was den makroökonomischen Effekt angeht. Und schließlich ist bei Wachstumsprognosen zuallererst die Frage zu stellen, inwieweit es sich um existenzsichernde Erwerbsarbeitsplätze handelt oder um verschiedene prekäre Varianten – nach der Formel „Drei Jobs = ein existenzsicherndes Einkommen“.

Es dürfte auch klar geworden sein: Die verfügbaren Daten beziehen sich auf einen Zeitraum mit gänzlich anderen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen. Und es ist gerade die enge Verflechtung des deutschen dritten Sektors mit dem Staat, die Abhängigkeit gerade seiner größten und beschäftigungsintensivsten Bereiche (Soziale Dienste, Gesund-

heitswesen) von staatlicher Finanzierung, die diesen natürlich hochgradig anfällig macht für unter Umständen bestandsgefährdende Schwankungen.

Im Rahmen der Organisationsbefragung „Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“ lässt sich aber auch in den Einschätzungen der Organisationen selbst bereits eine deutliche Trendwende erkennen: Während im gesamten dritten Sektor für den Zeitraum zwischen 1995 und 1997 noch 30 % der befragten Organisationen im Rückblick ein Beschäftigungswachstum konstatieren und nur 17 % einen Rückgang zu verzeichnen hatten, rechneten die Befragten im Jahr 1998 für die folgenden 5 Jahre nur noch zu 20 % mit einer Beschäftigungszunahme, aber bereits 24 % mit einer Abnahme. Besonders negativ fallen die Prognosen in den beschäftigungsintensiven Bereichen des Gesundheitswesens (48% rechnen mit einem Rückgang), Bildung und Forschung (41%) und den sozialen Diensten (26%) aus. Mit steigenden Beschäftigtenzahlen wird hingegen am häufigsten in den nicht sehr beschäftigungsintensiven Bereichen Umwelt (30 %), Sport (28 %) und internationale Aktivitäten (26%) gerechnet (Zimmer/Priller 2004: 95).

Jenseits des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts finden sich auf empirischer Ebene keine neueren Erhebungen, die diesbezüglich besonderen Mut machen könnten. Am günstigsten fällt dabei noch das Resümee von Lutz Bellmann u.a. (2002) aus, die anhand einer Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels für den Beobachtungszeitraum 1999 – 2000 auf der Basis von 809 „Drittsektorbetrieben“ eine Steigerung des Beschäftigungsvolumens von vier Prozent errechnen (ebd.: 2). Hochgerechnet auf das Gesamtvolumen kommen die Autoren für das Jahr 2000 auf einen Bestand von 76.000 Drittsektorbetrieben mit 1,9 Millionen Beschäftigten, der sie von einem „erheblichen Beschäftigungszuwachs“ sprechen lässt. Interessanterweise liegt dieser Wert aber noch unter den 2,1 Millionen Beschäftigten, die das „John-Hopkins-Comparative“-Projekt bereits 1995 ermittelte, obwohl die Art der einbezogenen Organisationen annähernd den Kriterien des letzteren entspricht³⁰. Der Anstieg des Beschäftigungsvolumens ist auch in dieser Untersuchung zu einem guten Teil auf die Steigerungen in den neuen Ländern zurückzuführen: Denn während die Zunahme des Beschäftigungsvolumens des dritten Sektors von vier Prozent in Westdeutschland den Steigerungsraten des gesamten dortigen Dienstleistungssektors entspricht, hebt sich die Beschäftigungszunahme im dritten Sektor Ostdeutschlands deutlich von der dortigen Steigerungsrate des gesamten Dienstleistungssektors von nur einem Prozent ab (ebd.: 2f). Allerdings sei der konstatierte

³⁰ Inwieweit dieser niedrigere Wert teilweise durch die Beschränkung des IAB-Betriebspanels auf Betriebe mit mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beeinflusst wird, kann anhand der vorliegenden Informationen nicht geklärt werden.

Beschäftigungsanstieg „zu einem gewissen Teil“ auch auf einen größeren Anstieg der Zahl geringfügiger Beschäftigungen zurückzuführen. Mit etwa 40% ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im dritten Sektor in der IAB-Studie zudem etwa doppelt so hoch, wie im Durchschnitt aller Betriebe.

Insgesamt verweist die in ihrem Ergebnis nicht schlüssig zu interpretierende Gegenüberstellung mit den Zahlen des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts aber wiederum auf das bekannte Dilemma der Unvergleichbarkeit aufgrund der Ungeklärtheit der jeweiligen Grundgesamtheit sowie der Intransparenz der jeweiligen Berechnungsmethoden.

Ein „ein weniger optimistisches und für die Zukunft eher düsteres Bild“ resümieren dagegen Sigrid Betzelt und Rudolph Bauer hinsichtlich der Ergebnisse des internationalen NETS-Projekts: Danach erweist sich der deutsche dritte Sektor schon zwischen 1995 und 1997

„nicht mehr in dem früher beobachteten Ausmaß als ‚Jobmaschine‘. Im Unterschied zur vorausgegangenen Entwicklung - aber auch im Vergleich mit den in der NETS-Studie untersuchten Ländern Italien und Spanien - setzt sich das Beschäftigungswachstum in den Nonprofit-Organisationen hierzulande nicht mehr im bisherigen Ausmaß fort“ (Bauer/Betzelt 1999).

Aus ihrer Organisationsbefragung ergibt sich in der Summe für den fraglichen Zeitraum eine Stagnation des Beschäftigungsvolumens. Von den befragten Organisationen geben 49 % einen Stagnation, 17 % eine Verringerung und immerhin noch 34 % eine Steigerung auf Organisationsebene an. Die meisten Organisationen mit rückläufiger Beschäftigungstendenz treffen sie im Bereich der sozialen Dienste an (Betzelt/Bauer 2000: 35ff).

Für den Beschäftigungsanstieg in den neuen Ländern machen sie vor allem die Programme zur Arbeitsförderung verantwortlich so seien im Rahmen ihres Samples 54 % der Stellen bei ostdeutschen Nonprofit-Arbeitgebern aus Beschäftigungsförderungsprogrammen finanziert. Und auch für die Autoren dieser Studie geht der Trend der Beschäftigung im dritten Sektor „in Richtung Flexibilisierung und Teilzeitarbeit“ (ebd.: 39). Schließlich kommen sie zu dem Ergebnis, dass in den von staatlicher Finanzierung abhängigen Bereichen künftig „mit einer stagnierenden oder sogar sinkenden Zahl von Erwerbsarbeitsplätzen gerechnet werden (muß). Angesichts des Abbaus staatlicher Leistungen erweist sich die hohe Abhängigkeit des ‚Dritten Sektors‘ von öffentlichen Mitteln als Beschäftigungs-‚Falle‘“ (Bauer/Betzelt 1999). Gerade im Hinblick auf die neuen Bundesländer komme zum Problem der sinkenden staatlichen Zu-

schüsse bzw. der – mittlerweile ja bereits massiv eingetretenen – Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der niedrigeren Eigenerwirtschaftungsgrad einschlägiger Organisationen sowie das Problem einer „großen materiellen und ideologischen Staatsfixierung der ostdeutschen NPOs“ (Betzelt/Bauer 2000: 54).

Eine „reale Chance“ für neue Arbeitsplätze sehen sie vor allem in den Bereichen Denkmalpflege, Kommunikation, Umweltschutz, Sport, Bürgerrechte, Bauen/Wohnen, Freizeit/Erholung und Internationale Solidarität – ungünstigerweise sind dies die (bis auf weiteres noch) marginalen Felder sozialwirtschaftlichen Engagements, die zumindest makroökonomisch als „Jobmaschine“ kaum ins Gewicht fallen.

Eine eigene, an der TU Dresden 2004 durchgeführte Vorstudie im Rahmen einer in den neuen Ländern geplanten Dritt-Sektor-Erhebung erbrachte – auf der Basis von 100 befragten kleinen und mittleren Organisationen und ohne jeglichen Anspruch auf Repräsentativität – ebenfalls Anhaltspunkte für eine stagnierende bis rückläufige Beschäftigungsentwicklung im dritten Sektor: Für die retrospektive Frage nach der Anzahl der Beschäftigten in den Jahren 2001 bis 2004 ergaben sich Mittelwerte von 8,4 Personen (2001), 8,3 Personen (2002), 8,6 Personen (2003) und 7,9 Personen (2004).

Auch Annette Zimmer und Eckhard Priller, die maßgeblichen Autoren der deutschen Teilstudie des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts, sehen das Arbeitsplatzpotential des „dritten Sektors“ mittlerweile recht differenziert: Sie betonen einerseits, dass der Anstieg der Arbeitsplätze im dritten Sektor in den 90er Jahren weitgehend doch ein Resultat des Aufbaus des Sektors in den neuen Ländern war (Zimmer/Priller 2004: 56), was aufgrund der Unterstützung durch den Bund entgegen dem internationalen Trend mit einer Erhöhung des Anteils der öffentlichen Mittel bei der Finanzierung des dritten Sektors einherging. Umso stärker sind die mit Hilfe des Bundes etablierten wohlfahrtsstaatlichen Strukturen in ihrem Bestand gefährdet, wenn sich dieser nun aus der Finanzierung von Bereichen zurückzieht, deren Aufbau er gerade noch mitinitiiert hatte.

Darüber hinaus verweisen sie bereits für die neunziger Jahre darauf, dass sich das Beschäftigungswachstum im 1990 noch beschäftigungsstärksten Bereich des Gesundheitswesens deutlich verlangsamt habe. Berechtigte Hoffnungen auf größere Zuwächse sehen auch sie – analog Betzelt und Bauer (2000) - eigentlich nur in den „neueren“ Bereichen des dritten Sektors. Sie nennen explizit den Umwelt- und Naturschutz, internationale Aktivitäten sowie den Bereich

der Stiftungen. Diese stellten aber 1995 mit nur knapp zwei Prozent der Gesamtbeschäftigung des „dritten Sektors“ einen quantitativ eigentlich zu vernachlässigenden Randbereich dar,

„während die stärker etablierten Bereiche, bei denen eine intensive Kooperation mit dem Staat besteht – wie insbesondere im Gesundheitswesen – im Hinblick auf ihre Beschäftigungsrelevanz eher schwierigen Zeiten entgegensehen. Da es sich bei den traditionellen Bereichen aber gerade um beschäftigungsintensive Bereiche handelt, sind die Potenziale des Nonprofit-Sektors für eine Fortsetzung der äußerst dynamischen Beschäftigungsentwicklung unter den gegebenen Rahmenbedingungen perspektivisch eher vorsichtig einzuschätzen. Die sprichwörtliche Staatsnähe des deutschen Nonprofit-Sektors bzw. der feste Einbau seiner im sozialen Bereich tätigen Organisationen in die ‚duale Struktur‘ des Wohlfahrtssystems, die bisher, auch in den 1990er Jahren, wesentlich zur dynamischen Beschäftigungsentwicklung beigetragen hat, könnte sich in Zukunft eher als Hemmschuh für eine weitere Beschäftigungsexpansion erweisen“ (Zimmer/Priller 2004: 58f).

Die „Staatsnähe“ der wohlfahrtserbringenden Bereiche des dritten Sektors wird in diesem Sinne meist als Hindernis für eine weitere Beschäftigungsexpansion ins Feld geführt. Und sicherlich trifft es zu, dass der Rückzug des Staates dort den Bestand gefährdet, wo dieser bisher ausschließlich oder größtenteils mit öffentlichen Mitteln gesichert wurde. Allerdings wird aus dieser Perspektive das Pferd von hinten aufgezäumt: Es wird nämlich in den zeitgemäßen Effizienz- und Deregulierungsdiskussionen nur zu gern ignoriert, dass erst ein handlungsfähiger und steuerungswilliger Sozialstaat die Entstehung der Strukturen ermöglicht hat, die heute zur Disposition stehen. Wären die Wohlfahrtsverbände nicht hochgradig „staatsabhängig“, so hätten sie die prominente – auch beschäftigungswirksame – Stellung im subsidiären Sozialstaat nie erreicht. Die eigentliche Frage kann also nicht lauten: Würden die sozialen Dienste hinsichtlich ihrer „Zukunftsfähigkeit“ heute besser dastehen, wenn sie größere Distanz zum Staat gewahrt hätten, was natürlich vor allem heißt: größere Distanz zu staatlicher Finanzierung? Das Problem ist doch vielmehr, dass der Rückbau des Sozialstaates zwangsläufig diejenigen Organisationen den Boden entzieht, die bisher „in seinem Auftrag“ der gesellschaftlichen Solidarität Ausdruck verliehen haben. Und der Sozialstaat lässt sich nicht „privatisieren“ – dann ist er keiner mehr; er lässt sich allenfalls *reduzieren*; und das Ausmaß dieser Reduktion bleibt letztlich eine politische Entscheidung. Hinsichtlich der Beschäftigungspotentiale im dritten Sektor kommt es deshalb vor allem darauf an, ob ein öffentlich

(mit)finanzierter Beschäftigungssektor als gesellschaftlich notwendig anerkannt und verstetigt wird.

Der Rückzug des Bundes trifft aber nicht nur die „staatsnahen“ Wohlfahrtsverbände, sondern potentiell vor allem auch diejenigen Bereiche des „dritten Sektors“, die – wie etwa im Bereich der soziokulturellen Initiativen – ihre Strukturen vielfach nur mit Hilfe der Instrumente der Arbeitsförderung (ABM etc.) aufbauen konnten und – bis auf weiteres – auch nur dadurch aufrechterhalten können.

Und schließlich ist da noch ein grundlegender Zusammenhang, auf den Betzelt/Bauer (2000: 15) hinweisen: Organisationen des dritten Sektors entwickelten sich in Deutschland vor allem „in einem politischen und gesellschaftlichen Klima des demokratischen Aufbruchs“. So wurden 40 % der von den AutorInnen untersuchten Organisationen in der kurzen Epoche der Weimarer Republik gegründet, 24 % entstanden in der „Periode der neuen sozialen Bewegungen“ zwischen 1970 und 1989, weitere 15 % wurden schließlich zwischen 1990 und 1995, also in der Phase des Aufbruchs in den neuen Bundesländern aus der Taufe gehoben. Organisationen und Initiativen des dritten Sektors sind also offenbar in hohem Maße auf eine sozialstaatliche und demokratische Infrastrukturpolitik angewiesen. So gesehen erscheint der dritte Sektor als ein Korrelat des demokratischen Sozialstaates, nicht aber als dessen Substitut. Im gegenwärtigen gesellschaftlichen und sozialen Klima zeichnet sich aus dieser Perspektive jedenfalls alles andere als eine Expansion dieses Sektors ab.

In diesem Sinne kommen auch andere AutorInnen zu dem Ergebnis, das der dritte Sektor vorwiegend im Hinblick auf seine zivilgesellschaftliche Integrationsfunktion weltweit an Bedeutung gewinnen kann, jedoch gerade nicht als ökonomischer Faktor. So betont beispielsweise Ruth Simsa (2002) vor dem Hintergrund der Ergebnisse des „John-Hopkins-Comparative“-Projekts die Notwendigkeit der staatlichen Absicherung der Dritt-Sektor-Organisationen und räumt letzteren auf Dauer lediglich eine ergänzende Rolle bei der Lösung von Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungsproblemen ein.

Klaudia Sauer (2000: 27) resümiert die Ergebnisse der Organisationsbefragung („Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel“) von 2.440 Nonprofit-Organisationen (siehe auch Zimmer/Priller 2004):

„Insgesamt lassen diese Ergebnisse darauf schließen, dass sich der Dritte Sektor als Mittel zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht eignet, zumindest wenn Arbeits-

marktpolitik im großen Stil unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Sektors und mit den vorhandenen Organisationen betrieben werden soll. Die Organisationen stehen vor dem Dilemma, dass einerseits die Dienstleistungsnachfrage und die Aufgaben der Organisationen wachsen, jedoch die Finanzierung angesichts der Abnahme der öffentlichen Mittel sich eher problematisch entwickelt.“

Auch Betzelt und Bauer (2000: 91) kommen aufgrund ihrer Analysen zu dem Fazit, dass die zukünftigen Beschäftigungsaussichten im dritten Sektor „in erster Linie von Entscheidungen auf Seiten der Politik abhängen“, sowohl von der Setzung entsprechender – vorwiegend bundespolitischer – sozial- und arbeitsmarktpolitischer Prioritäten, als auch vom politischen Willen zur Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen für Nonprofit-Organisationen bzw. - Unternehmen. Natürlich existiert eine Reihe von gesellschaftlichen Bereichen, in denen der Bedarf an qualitativen und sinnvollen Angeboten nicht gedeckt ist, so z.B. in der Kinderbetreuung oder im ökologischen Bereich. Und hier bestehen weiterhin oder gar verstärkt mögliche Tätigkeitsfelder für entsprechende not-for-profit-Organisationen, nicht nur für „bad jobs“, sondern für qualifizierte „vollwertige“ Arbeitsplätze. Deshalb kann es hier nicht einfach nur um die Frage der bloßen Subventionierung von (möglichst billigen) Jobs im dritten Sektor gehen, sondern

„um grundsätzliche Weichenstellungen in der Frage, ob sich der Staat verpflichtet, seine Verantwortung insbesondere für Soziale und ökologische Dienstleistungen entsprechend des gesellschaftlichen Bedarfs wahrzunehmen (...) Um diese neuen Beschäftigungspotentiale zu erschließen und zu nutzen, ist allerdings eine öffentliche (Ko-)Finanzierung unverzichtbar, denn der größte Teil der ‚traditionellen‘ Wohlfahrtsleistungen“ ist nicht in einem Ausmaß vermarktbar, um sie aus den Erlösen ihres Verkaufs finanzieren zu können“ (ebd.).

Wenn sich aber nun der dritte Sektor mit ziemlicher Sicherheit nicht zur gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Job-Maschine entwickeln wird, so werden mit ihm doch weiterhin große Hoffnungen auf der regionalen bzw. lokalen Ebene verbunden. Deshalb soll dieser Bereich – in diesem ansonsten zwangsläufig auf die Makroebene beschränkten Überblick – hier zumindest noch exkursartig beleuchtet werden.

Potentiale im Bereich „lokaler Ökonomie“?

Die AutorInnen der referierten Studien sehen – bei aller Skepsis hinsichtlich der Lösung des gesamtgesellschaftlichen Problems der Massenarbeitslosigkeit – meist gewisse Potenziale in einigen bisher quantitativ relativ marginalen Bereichen des dritten Sektors. Neben den oben genannten „neueren“ Tätigkeitsbereichen“ vermuten Betzelt und Bauer (2000: 54) „besonders im Bereich selbstorganisierter bzw. -verwalteter Betriebe und Genossenschaften, die trotz stärkerer Marktorientierung auch gemeinnützige Ziele verfolgen“, ein gewisses Potential an Arbeitsplätzen, das sich durch „Ausgründungen von Nonprofit-Betrieben in den Marktsektor“ verstetigen könnte. Sie gehen auch weiterhin von einem wachsenden Bedarf im Bereich personenbezogener Dienstleistungen sowie im ökologischen Bereich aus. Wenn es den betreffenden Organisationen oder „sozialen Unternehmen“ gelingt, ihre (Dienstleistungs-)Produkte an zahlungsfähige NutzerInnen zu veräußern, dann könne hier in der Tat zusätzliche Erwerbsbeschäftigung entstehen (ebd.: 56).

Vor allem aber wird die Bedeutung des dritten Sektors – und hier vor allem aus der sozialwirtschaftlichen Perspektive der „sozialen Unternehmen“ im *regionalen* Bereich gesehen. Grundsätzlich sind die meisten Organisationen des dritten Sektors – ob sie sich nun selbst als Vereine oder als „soziale Unternehmen“ sehen - von der Natur der Sache her im lokalen oder regionalen Bereich angesiedelt. Sie bilden in jedem Fall – nicht nur in Deutschland - einen zentralen Bestandteil der lokalen Infrastruktur. Anders gesagt: Der dritte Sektor entfaltet seine Wirksamkeit immer vor Ort, auch wenn diese Wirksamkeit aus grenzüberschreitenden Vereinen, Verbänden und Organisationen resultiert (Dahrendorf 1999: 11). So verorten sich auch 64 % der Dritt-Sektor-Organisationen primär im lokalen oder regionalen Bereich (Zimmer/Priller 2004: 76f).

In der europäischen Diskussion um das „dritte System“ wird der Sozialwirtschaft seit langem eine prominente Rolle im Rahmen lokaler und regionaler Beschäftigungsstrategien zudedacht (Europäisches Parlament 2000; Europäische Kommission 2002; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1993, 1995). Zwar können in einer Zeit global vernetzter Märkte und internationaler Konzentration von Wirtschaftsunternehmen Impulse von der lokalen und regionalen Ebene eine konsequente Beschäftigungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene nicht ersetzen. Lokaler und regionaler Beschäftigungspolitik wird aber die Fähigkeit zugeschrieben, die übergeordneten Strategien in vieler Hinsicht zu ergänzen und dadurch einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg nationaler und europäischer Beschäftigungspolitik zu leisten (Schulze-Böing 2000).

Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive geht es für die „Sozialen Unternehmen“ dabei vor allem darum, Beschäftigung durch Innovationen auf dem Gebiet sozial und ökologisch nützlicher Produktion bzw. durch Orientierung am lokalen oder regionalen Bedarf oder die Reaktivierung lokaler Wirtschaftskreisläufe zu schaffen (Birkhölzer/Kramer 2002: 40). Angesiedelt zwischen Markt und Staat, wird „sozialen Unternehmen“ zugetraut, auf lokale und regionale Zusammenhänge zu orientieren und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen zu erschließen. „Dort, wo Rahmenbedingungen eine Umsetzung innovativer Projektideen in traditionellen Unternehmensstrukturen nicht zulassen oder auch die bestehenden Fördermöglichkeiten nicht passen, kann der Ansatz Soziale Unternehmen ein innovativer Weg sein“ (BEST 2003: 4).

Grundsätzlich sind verschiedene Wege denkbar (und auf lokaler Ebene auch empirisch nachweisbar), auf denen „Organisationen“ oder „Unternehmen“ des dritten Sektors zur Schaffung von Beschäftigung beitragen können. Im Rahmen der Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“ werden fünf grundlegende beschäftigungsfördernde Wirkungen unterschieden (vgl. zum folgenden: Europäisches Parlament 2000: 10ff):

- Die **„direkte“ Schaffung von Arbeitsplätzen** bezieht sich auf den simplen Umstand, dass im Grunde jeder, dessen Geschäft in der Herstellung von Gütern oder der Erbringung von Dienstleistungen besteht, über kurz oder lang wahrscheinlich andere Menschen beschäftigen wird. Ein besonderer Vorteil der Organisationen des „dritten Sektors“ bzw. „sozialer Unternehmen“ besteht hinsichtlich der Entstehung von Arbeitsplätzen darin, dass die angebotenen Dienstleistungen ihrer Definition nach meist arbeitsintensiv sind. Diese Eigenschaft steht im Gegensatz zum Phänomen des „jobless growth“ in der gegenwärtigen Profit-Ökonomie, wo beispielsweise kapitalintensive Projekte, technologisch hochentwickelte Fertigungsanlagen oder Vertriebszentren nur noch wenige Menschen beschäftigen. Dabei kommt es für Dritt-Sektor-Organisationen vor allem darauf an, „innovative“ Tätigkeitsfelder für Produkte oder Dienstleistungen zu erschließen, die vom „ersten“ und „zweiten“ Sektor gar nicht, nicht in ausreichendem Maße oder zu Konditionen angeboten werden, die für bestimmte Zielgruppen nicht akzeptabel sind.
- Die **„indirekte“ Schaffung von Beschäftigung** resultiert daraus, dass Organisationen bzw. Unternehmen des „dritten Sektors“ die Beschäftigung auch über ihr Potential zur direkten Arbeitsplatzschaffung hinaus ankurbeln können: So zeitigt beispielsweise die meist gegebene Einbindung „sozialer Unternehmen“ in den Kreislauf von lokaler

(Dienstleistungs-)Produktion und lokalem Konsum auch lokale Kaufkraft. Die Arbeitsplätze werden eher von Ortsansässigen besetzt, die ihre Löhne weitgehend am Ort ausgeben. Ein letztlich beschäftigungsfördernder Effekt entsprechender Formen lokaler (oder regionaler) Entwicklung unter Beteiligung von Dritt-Sektor-Organisationen wird in der damit verbundenen Erzeugung von „sozialem Kapital“ und der Förderung von „sozialem Zusammenhalt“ in „Problemgebieten“ gesehen.

- Durch das Angebot unterstützender Dienstleistungen von Dritt-Sektor-Organisationen wird unter Umständen potentiellen Arbeitskräften erst der **Zugang zu Beschäftigung ermöglicht**. Durch Angebote wie Kinderbetreuung, Verbesserung des örtlichen Personennahverkehrs oder häusliche (Pflege-)Dienstleistungen wird es bestimmten Personengruppen ggf. erst ermöglicht, sich eine Arbeit zu suchen, eine Stelle anzunehmen oder länger zu arbeiten.
- Durch ihren Beitrag zum **Aufbau effektiver Unterstützungsstrukturen** können Organisationen des „dritten Sektors“, die nicht primär selbst Arbeitsplatzpotentiale erschließen, jenen „Frontline“-Organisationen, die Beschäftigungspotentiale letztlich in neue Arbeitsplätze umsetzen, dabei helfen, ihre Aktivitäten effektiver zu gestalten bzw. zu professionalisieren. Dies kann beispielsweise durch Netzwerkaufbau, technische Hilfe, Ausbildung und Beratung, Marktforschung, Machbarkeitsstudien, Erarbeitung von „Good Practice“-Vergleichen etc. geschehen.
- Zahlreiche Projekte, Organisationen oder Unternehmen des „dritten Sektors“ verfolgen das Ziel der **sozialen Integration** benachteiligter Gruppen. Der Begriff der sozialen Integration benachteiligter Gruppen ist allerdings sehr weit gefasst, bis hin zu den Langzeitarbeitslosen oder aus anderen Gründen auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten. Im weitesten Sinne kann man zu den Integrationsunternehmen sowohl die „Werkstätten für Behinderte“ als auch die „Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften“ unterschiedlicher Provenienz³¹ zählen, unabhängig davon, ob sie nun das Ziel der Schaffung von unbefristeten Dauerarbeitsverhältnissen unter regulären Arbeitsbedingungen für Behinderte wie für Nichtbehinderte verfolgen oder aber „nur“ als vorübergehende „Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ fungieren. Grundsätzlich steht dabei in aller Regel nicht so sehr die Herstellung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, sondern die Vermittlung von Arbeitserfahrung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit einer bestimmten Zielgruppe im Vordergrund. Dazu werden den Beschäftigten auch über die eigentliche

³¹ Einschließlich der einschließlichen der später in den neuen Bundesländern entstandenen „Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften“.

Arbeitserfahrung hinausgehende Möglichkeiten etwa der Ausbildung, Qualifikation, Beratung, Vertrauensbildung usw. angeboten, die ihre spätere Beschäftigungsfähigkeit bzw. künftigen Arbeitsmarktchancen erhöhen sollen. Selbst von den Dritt-Sektor-Organisationen und „sozialen Unternehmen“, deren vorrangiges Ziel nicht die „Eingliederung“ ist, sehen viele auch ein zusätzliches Ziel darin, Benachteiligten neue Chancen zu eröffnen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

Insbesondere „im Prozess der Rekonstruktion von Krisenregionen“, die sich auszeichnen durch „einen drastischen Rückgang der Beschäftigung und der Investitionstätigkeit im privaten oder ersten Sektor, durch Einsparungen im öffentlichen oder zweiten Sektor und durch eine ebenso drastische Erweiterung aller Formen der Schattenwirtschaft, in der die Betroffenen versuchen, ihre Reproduktion zu sichern“, wird der Entwicklung des Dritten Sektors eine Schlüsselrolle zugewiesen (Birkhölzer/Kramer 2002a: 5)

Leider basieren all diese Hoffnungen eher auf „theoretischen“ Überlegungen – wenn „Theorie“ in diesem Falle einmal verkürzt für die Abwesenheit von fundierten empirischen Daten stehen darf. Sicherlich gibt und gab es in den letzten Jahren – nicht zuletzt mit Unterstützung diverser europäischer Programme – eine größere Anzahl von Projekten zur Förderung lokaler Ökonomie, innerhalb derer mittlerweile der Sozialwirtschaft eine prominente Stellung eingeräumt wird.

Anette Zimmer und Eckhardt Priller geben dabei aber noch etwas anderes zu bedenken:

„Um die lokalen Potentiale des Dritten Sektors zu nutzen, ist zwar einerseits die bewusste Förderung und Unterstützung seitens der Kommunen erforderlich, andererseits bleibt zu fragen, ob hier ein neues Kapitel von staatlich-privater Zusammenarbeit und Kooperation aufgeschlagen wird, wobei die Autonomie der Organisationen gewahrt bleibt, oder aber, ob doch, wenn auch in neuer Form und mit neuer Terminologie, die Tradition der Indienstnahme und des funktionalen Einbaus der Nonprofit-Organisationen in den politisch-administrativen Apparat lediglich fortgesetzt wird.“

Die Frage, inwieweit die im Einzelfall überzeugenden Ansätze und Fallbeispiele die Hoffnung auf eine neue, autonome, innovative und letztlich gesamtgesellschaftlich relevante Art des Wirtschaftens rechtfertigen können, bleibt aber bis auf weiteres der Spekulation und dem Wunschenken vorbehalten. Mit anderen Worten: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt die Empirie!

Literatur

- Anastasiadis, Maria/Günter Essl/ Andreas Riesenfelder/Tom Schmid/ Petra Wetzel (2003): Der dritte Sektor in Wien – Zukunftsmarkt Beschäftigung. Zusammenfassender Ergebnisbericht des Forschungsprozesses der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Der Dritte Sektor in Wien“, Oktober 2003, Wien
- Andreas Bomheuer (1999): Der Dritte Sektor . Ergebnisse der Konferenz „Der Dritte Sektor im Gesellschaftlichen Wandel“ am 29./30. April 1999 im Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
- Anheier, Helmut K./Eckhard Priller/Anette Zimmer (2000): Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des dritten Sektors, in: Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Neidhardt (Hg.): Die Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch, Berlin, S. 71 - 98
- Anheier, Helmut K./Eckhard Priller/Wolfgang Seibel/Anette Zimmer (Hg.) (1997): Der dritte Sektor in Deutschland. Organisationen im gesellschaftlichen Wandel zwischen Markt und Staat, Berlin
- Anheier, Helmut K./Wolfgang Seibel (1997): Germany, in: Lester M. Salamon/Helmut JK. Anheier: Defining the Nonprofit Sector: A Cross-National Analysis John Hopkins Nonprofit Sector Series, Vol. 4), Manchester
- Bauer, Rudolph (1995): Nonprofit-Organisationen und NPO-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Schauer/H.K. Anheier/E.-B. Blümle: Nonprofit-Organisationen (NPO) - dritte Kraft zwischen Markt und Staat? Linz, S. 59-96
- Bauer, Rudolph/Sigrid Betzelt (1999): Der "Dritte Sektor" in Deutschland: Hebel zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit?, in: Forschungszeitschrift impulse, Universität Bremen, 2/99: <http://www.uni-bremen.de/campus/campuspress/impulse/299/bauer.php3> (Zugriff am 29.6.04)
- Bauer, Rudolph/Sigrid Betzelt (2000): Erwerbsarbeit im „Dritten Sektor“. Bestandsaufnahmen, Perspektiven und Empfehlungen. Ergebnisse der deutschen Teilstudie des NETS-Projekts; hrsg. vom Institut für lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen, Universität Bremen
- Beck, Ulrich (Hg.) (2000): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main

- Bellmann, Lutz/Dietmar Dathe/Ernst Kistler (2002): IAB Kurzbericht „Der dritte Sektor: Beschäftigungspotentiale zwischen Markt und Staat“, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe Nr. 18 vom 20.8.2002
- BEST (Berliner Entwicklungsagentur für soziale unternehmen und Stadtteilökonomie) 2003: Newsletter, Nr. 1/ Juni 2003
- Best, Heinrich (Hg.) (1993): Vereine in Deutschland, Bonn
- Betzelt, Sigrid/Rudolf Bauer (2000): Nonprofit-Organisationen als Arbeitgeber, Opladen
- Birkhölzer, Karl (2000): Das Dritte System als innovative Kraft: Versuch einer Funktionsbestimmung, in: WIDERSPRÜCHE, H. 75, 20. Jg., S. 71-88 (hier zitiert nach: <http://www.technet-berlin.de/drittes.pdf>, Zugriff am 29.6.04)
- Birkhölzer, Karl/Ludwig Kramer (2002a): Grundstrukturen und Erfolgsbedingungen Sozialer Unternehmungen in Deutschland. Abschlussbericht des Teilprojekts: "Grundstrukturen und Erfolgsbedingungen innovativer Arbeits- und Unternehmensformen in Sozialen Unternehmungen" (Technologie-Netzwerk Berlin e.V. - Interdisziplinäre Forschungsgruppe Lokale Ökonomie), Oktober 2002, Berlin
- Birkhölzer, Karl/Ludwig Kramer (2002b): Grundstrukturen und Erfolgsbedingungen Sozialer Unternehmungen in Deutschland. Kurzfassung, Forschungsbedarf und Handlungsempfehlungen, (Technologie-Netzwerk Berlin e.V. - Interdisziplinäre Forschungsgruppe Lokale Ökonomie), Oktober 2002, Berlin
- Bomheuer, Andreas (2001): Rahmenbedingungen für Gründung und Konsolidierung von Organisationen im Dritten System am Beispiel der Stadt Essen, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Forschungsbereich Stadt- und Infrastrukturentwicklung, Dortmund
- CIRIEC (Hg.) (2000): The Enterprises and Organizations of the Third System in the European Union, Liege
- Dahrendorf, Ralf (1999): Impulse für die Bürgergesellschaft. Die Kraft des Dritten Sektors, in: Reflexion und Initiative, Hamburg, S. 10-15
- Düchting, Frank. (2000): Vom deutschen Verein zum „Dritten Sektor“, in: WIDERSPRÜCHE, H. 75, 20. Jg., S. 39-55 (zit. nach Internetversion: <http://www.widerspruechezeitschrift.de/article892.html>, Zugriff am 29.6.04)

- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen
- Etzioni, Amitai (1973): The Third Sector and Domestic Mission, in: Public Administration Review 33, S. 314 – 323
- Europäische Kommission - Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Referat A4 (2002): Die neuen Akteure der Beschäftigung. Synthese der Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“. Für eine bessere Kenntnis der Beschäftigung auf lokaler Ebene (1997-2000), Luxemburg
- Europäisches Parlament (2000): Drittes System und Beschäftigung: eine Halbzeitbilanz, in: Europäisches Parlament: Organisationen des Dritten Sektors und ihre Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Beschäftigung vor Ort fördern, Konferenz im Europäischen Parlament, Brüssel, 29. und 30. Juni 2000 (http://europa.eu.int/comm/employment_social/empl_esf/3syst/infopack_de.pdf; Zugriff am 29.6.04)
- Evers, Adalbert/Ulrich Rauch/Uta Stitz (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen, Berlin
- Frantz, Christiane/Anette Zimmer (Hg.) (2002): Zivilgesellschaft international: Alte und neue NGOs, Opladen
- Glowka, Sigrid (2000): Kein Bedarf an Konkurrenz – Zusammenarbeit zwischen Nonprofit-Organisationen und Kommune in Jena, in: Zimmer/Priller (Hg.) (2000a), a.a.O., S. 73 – 84
- Goegel, Ina: (1999): Der dritte Sektor als die neue „Jobmaschine“? Fachkonferenz zum Dritten Sektor am Wissenschaftszentrum Berlin, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 85 (II/1999), S. 54 – 55
- Hettlage, Robert (1998): Die Genossenschaften, Unternehmen oder Organisationen des dritten Sektors?, in: Rupert Strachwitz (Hg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung, Düsseldorf, S. 141 - 161
- John Hopkins University - Institute for Policy Studies/Center for Civil Society Studies (2000): Global Civil Society. At-a-Glance. Major findings of the John Hopkins Compara-

tive Nonprofit Sector Projekt, im Internet unter:
<http://www.jhu.edu/~ccss/pubs/pdf/glance.pdf>, (Zugriff am 29.6.04)

- Knabe, Judith (2002): Lokale Ökonomie, www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/knabe/lokale_oekonomie.htm (Zugriff am 29.6.2004)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1993): Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Luxemburg
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1995): Lokale Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung, Luxemburg
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1996): Erster Bericht über lokale Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen. Schlussfolgerungen für territoriale und lokale Beschäftigungsbündnisse, Luxemburg
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: ein Konzept für Investitionen in Qualität. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Nr. 313 v. 20.6.2001, Brüssel
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Die Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) „Eine Strategie für Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze für alle“ Nr. 6. v. 14.1.2003, Brüssel
- Kongress „Anders arbeiten – oder gar nicht“ (1999): Präambel zum „Berliner Frühlingspapier“, in: *Contraste*. Monatszeitung für Selbstorganisation, Internetversion auf: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/ergebnisse.htm> (Abruf am 29.6.2004)
- Lauth, Hans-Joachim/Wolfgang Merkel (1997): Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 10, H. 1, S. 12-34
- Luhmann, Niklas (1997): Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien; in: ders.: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*; Frankfurt a.M., S. 316-393
- Menninger, Oswald/H.J. Brauns (2000): *Dritter Sektor – ein Positionspapier des Paritätischen Wohlfahrtsverbands*, LV Berlin, Januar 2000

- Pankoke, Eckart (2000): Freie Assoziationen – Geschichtliche Prämissen und gesellschaftliche Perspektiven moderner Genossenschaften, in: Zimmer/Nährlich (Hg.) (a.a.O.), S. 189 – 211
- Parsons, Talcott (1980): Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien, hrsg. Von Stefan Jensen, Opladen
- Priller, Eckhard (2002): Zum Stand empirischer Befunde und sozialwissenschaftlicher Theorie zur Zivilgesellschaft und zur Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung, in: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, a.a.O., S. 39-54
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer (1999): Non-profit-Bereich im Aufwind, in: Die Mitbestimmung H. 3, S.18-20
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer (2000b): Der dritte Sektor in Deutschland – Seine Perspektiven im neuen Millennium, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor – Nr. 10, Münster (Internetversion: <http://www.aktivebuergerschaft.de/vab/resources/diskussionspapiere/wp-band03.pdf> (Zugriff am 29.6.04)
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer (2001): Der Dritte Sektor in Deutschland – seine Perspektiven im neuen Millennium, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor – Nr. 10, Münster
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer (2001a): Der Dritte Sektor: Wachstum und Wandel. Aktuelle deutsche Trends. The John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Phase II, Gütersloh
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer (Hg.) (2001b): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt - weniger Staat?, Berlin
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer/Helmut K. Anheier (1999a): Der dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9, S. 12 – 21
- Priller, Eckhard/Annette Zimmer/Helmut K. Anheier/Stefan Toepler/Lester M. Salamon (1999b): Germany: Unification and Change, in: Lester M. Salamon u.a., a.a.O. (Hg.): Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector, Baltimore, S. 99-118
- Rifkin, Jeremy: (1995): The end of work. The decline of the global labor force and the dawn of the post-market era, New York

- Rückert-John, Jana (2000): Arbeitszeitflexibilisierung in Nonprofit-Organisationen, in: Zimmer/Priller (Hg.) (2000), a.a.O., S. 31 – 52
- Sächsischer Landtag (2004): Drucksache 3/10130: Große Anfrage der PDS-Fraktion, Thema: Arbeit im Freistaat Sachsen – Stand und Perspektiven vom 23.1.2004 (Antwort vom 21.4.2004)
- Salamon Lester M./Helmut K. Anheier, Regina List, Stefan Toepler and Wojciech S. Sokolowski (Hg.) (1999): Global Civil Society: Dimensions of the Nonprofit Sector, Baltimore
- Salamon, Lester M./Helmut K. Anheier (1999): The Emerging Sector Revisited. A Summary, Baltimore
- Salamon, Lester M./Helmut K. Anheier (2001): Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends, 2. Auflage, Gütersloh
- Salamon, Lester M./Helmut K. Anheier (Hg.) (1994): The Emerging Sector, Baltimore
- Salamon, Lester M./Wojciech S. Sokolowski/Regina List (Hg.) (2003): Global Civil Society. An Overview, Baltimore
- Sauer, Klaudia (2000): Beschäftigung in Nonprofit-Organisationen – Ergebnisse einer Organisationsbefragung, in: Zimmer/Priller (Hg.) (2000), a.a.O., S. 15 - 30
- Schröer, Wolfgang (2003): Zur Geschichte und Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland – mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Ostdeutschland, Vortragsmanuskript zum transnationalen Workshop „Der Dritte Sektor – Leitkonzepte und Praxismodelle in Sachsen und Umbrien“ am 10.2.2003 in Dresden
- Schulze-Böing, Matthias (2000): Teilhabe, Qualifizierung und Aktivierung – lokale Beschäftigungspolitik in europäischer Perspektive, Vortrag auf der Tagung „Wissenschaft im Schloß 2000“ des PROSOZ-Instituts in Herten (Westf.) vom 07. bis 09. November 2000
- Technologie-Netzwerk Berlin e.V. (Hg.) (1997): Ökonomische Gemeinwesenentwicklung und soziale Unternehmen. Erfahrungen, Instrumentarien und Empfehlungen, Berlin
- Technologie-Netzwerk Berlin e.V. (o.J.): Soziale Unternehmen, auf: http://www.soziale-oekonomie.de/anlagen/pdf/soz_unte.pdf (Zugriff am 29.6.04)
- Willke, Helmut (1995): Systemtheorie III: Steuerungstheorie, Stuttgart/Jena

- Zimmer, Annette (2000): Einleitung, in: Zimmer Annette/ Eckhard Priller (Hg.) (2000), a.a.O., S. 3 - 14
- Zimmer, Annette (2002): Dritter Sektor und Soziales Kapital, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor – Nr. 19, Januar 2002, Münster
- Zimmer, Annette/Eckhard Priller (1997): Die Zukunft des Dritten Sektors in Deutschland, in: Anheier u.a. (1997), a.a.O., S. 249-283
- Zimmer, Annette/Eckhard Priller (2001): The Third Sector and Labour Market Policy in Germany, in: Online-Journal „German Policy Studies/ Politikfeldanalyse“ der „Southern Public Administration Education Foundation“ (spaef.com), Volume One, Number 2: Symposium on Nonprofit Sector in Turbulent Environments; Adresse: http://spaef.com/GPS_PUB/v1n2_zimmer.pdf; (Zugriff am 29.6.04)
- Zimmer, Annette/Eckhard Priller (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung, Wiesbaden
- Zimmer, Annette/Eckhard Priller (Hg.) (2000a): Der deutsche Nonprofit-Sektor im gesellschaftlichen Wandel. Zu ausgewählten Ergebnissen der deutschen Teilstudie des international vergleichenden Johns Hopkins Projektes, Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor - Nr. 3, Münster
- Zimmer, Annette/Stefan Nehrlich (2003): Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft, in: Ulli Arnold/Bernd Maelicke (Hg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, 2. Auflage, Baden-Baden, S. 64 – 80
- Zimmer, Annette/Stefan Nehrlich (Hg.) (2000): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen
- Zimmermann, André (2000): Nonprofit-Organisationen im Wohlfahrtsmix – Konfliktlinien, Trends und Perspektiven in Münster, in: Zimmer/Priller (Hg.) (2000a), a.a.O., S. 65 – 72

Der Autor des Forschungsbuches:

Bernhard Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mikrosoziologie an der TU Dresden.



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN**

Lehrstuhl für Mikrosoziologie -
01062 Dresden
Tel. und Fax: 0351/46337371
Email: bernhard.wagner2@mailbox.tu-dresden.de

Der Forschungsbericht wurde im Auftrag von IRIS e.V. für die Entwicklungspartnerschaft „Arbeitsplätze für junge Menschen in der Sozialwirtschaft“ im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL im transnationalen Projekt SPACE erstellt. Themenstellung und Rückbindung zum Programmkontext EQUAL sind mit IRIS e.V. abgestimmt. Für die inhaltliche Ausführung ist der Autor verantwortlich. Für das Urheberrecht gilt das EU Dokument „Geistiges Eigentum“ vom Oktober 1997.

Kontakt:



INSTITUT FÜR REGIONALE INNOVATION
UND SOZIALFORSCHUNG e. V.

Transnationale Koordinierung der EP
Silvia Löwe
Uhlandstr. 39
01069 Dresden
briefkasten@iris-ev.de
<http://www.iris-ev.de>